

Die „Volkswacht“  
erschint wöchentlich  
am 1. und 3. Sonntag  
des Monats.  
Spezialdruckerei  
Königsplatz 10, 1017  
Berlin.  
Telefon 3141.  
Abonnement  
1200.

# Volkswacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Spezialdruckerei  
Königsplatz 10, 1017  
Berlin.  
Telefon 3141.  
Abonnement  
1200.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1200.

Nr. 12.

Sonntag, den 15. Januar 1910.

21. Jahrgang.

## An die Sozialdemokratie in Preußen.

### Parteigenossen!

Der 8. Parteitag der preussischen Sozialdemokratie hat das Elend des nachmärzlichen Preußen vor aller Welt in hellster Beleuchtung gesetzt und aufs neue jene überlebten Zustände bloßgelegt, die den ostelbischen Landjunkern und der mit ihnen verbündeten Großbourgeoisie die Aufrechterhaltung einer brutalen Klassenherrschaft ermöglichen, und eine diesen Klassen verstopfte Bürokratie mit allmächtigen Vollmachten ausstatten. Der Parteitag begnügte sich nicht damit, die Ursachen dieser Zustände wirklich darzutun, er zeigte auch, wie ein neues Preußen in Staat und Gemeinde nur durch die positive Arbeit einer latenten Sozialdemokratie geschaffen werden kann.

### Die gesamten Verhandlungen beherrschte die Wahlrechtsfrage!

Nähezu sechs Jahrzehnte hat die Wahlrechtsfrage gerührt, als die sozialdemokratischen Massen sich ihrer Annahmen und sie durch gewaltige Demonstrationen in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses rückten. Wohl oder übel mußte die Regierung den empörten Volksmassen Konzessionen machen. In der Thronrede vom 20. Oktober 1908 ist die organische Fortentwicklung der auf Grund der Verfassung erlassenen Vorschriften über das Wahlrecht als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart bezeichnet worden. Die zu diesem Zwecke nötigen Vorarbeiten sollten mit allem Nachdruck betrieben werden.

Die vor kurzem endlich erschienene amtliche Statistik über die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen hat aufs neue die Ungerechtigkeit des geltenden Dreiklassenwahlrechts unwiderleglich dargelegt.

Der Terrorismus der öffentlichen Abstimmung und der raffiniert ausgeklügelte Widersinn des indirekten Klassenwahlrechts hat im Jahre 1908 zwei Drittel der Wähler

Berlin, den 14. Januar 1910.

Der geschäftsführende Ausschuss  
der preussischen Landes-Kommission.

von der Wahl abgehalten. Das geltende Wahlrecht verfälst den Volkswillen; es hält eine Wahlkreisgeometrie aufrecht, die die gewaltigen Bevölkerungszunahmen eines halben Jahrhunderts außer Betracht läßt und die Interessen des Volkes einer Handvoll durch Güntlingswirtschaft und Liebesgabenpolitik ausgehaltener Junker opfert.

Mehr als 82 Prozent aller Wähler haben keinen Einfluß auf die Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Die Entscheidung ruht bei einer kleinen Zahl Wähler 1. und 2. Klasse.

Die Ergebnisse der königlich preussischen Statistik liefern noch aufschreiendere Zahlen:

Auf 418.000 konservative Urwähler entfielen 212 Abg.

„ 598.000 sozialdemokrat. „ 7 „

„ Arbeiter, Handwerker, Kleinbauern! Wie lange wollt Ihr Euch solche himmelschreiende Ungerechtigkeit noch gefallen lassen?

Am 11. Januar 1910 kündigte die Thronrede die von dem Volke in fieberhafter Spannung erwartete Wahlrechtsvorlage für die nächsten Wochen an.

Wie wird die kommende Wahlrechtsvorlage aussehen? Die Thronrede schweigt sich über die Grundzüge des wichtigsten Reformwerkes der deutschen Gegenwart aus! Das ist der beste Beweis dafür, daß die preussische Regierung den herrschenden Klassen zuliebe das Volk mit einer Scheinreform narren will. Das alte Unrecht soll in neuer Form weiterleben. Die preussische Regierung wagt es nicht, mit der herrschenden Junkersippe anzubilden.

Da ist es Zeit, daß das Volk auf den Plan tritt und seinen Willen nachdrücklich zur Geltung bringt. Mit allen Kräften muß dafür gesorgt werden, daß Preußen endlich in die Reihe der Kulturländer eintritt. Unter der Führung der Sozialdemokratie gilt es, dem

Die sozialdemokratische Fraktion  
des preussischen Abgeordnetenhauses.

preussischen Volke die volle Staatsbürgerliche Gleichberechtigung zu erkämpfen und Preußen von den Junkern und Junkerrecht zu befreien. Es gilt, den reaktionären preussischen Staat zu demokratisieren. Das Mittel dazu ist die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beider Geschlechter auf Grund der Verhältnismäßigkeitswahl.

Parteigenossen! Mußt die Zeit! Seit Monaten haben die „Niedergerittenen“ den Parteien des Blöckchens und dem Zentrum Niederlage auf Niederlage bereitet. Ein Gemeinbewählig ist von anderen ab; ebenso ehrenvoll endeten die Landtagswahlen in Südb- und Mitteldeutschland und die Nachwahlen zum Reichstage.

Die Erbitterung des Volkes über seine Ausbeutung und Entrechtung ist grenzenlos. Das arbeitende Volk will nicht länger Padesel der herrschenden Klassen sein. Das Bewußtsein dieser Situation in den Massen zu wecken und sie zu Kämpfern für ihre elementaren Menschenrechte aufzurufen, ist unsere vornehmste Aufgabe.

An dieser Aufgabe mitzuwirken, ist die dringendste Pflicht aller zum Klassenbewußtsein erwachten Frauen und Männer in Stadt und Land.

### Parteigenossen!

Stärkt die Reihen für die kommenden Wochen des Kampfes. Es gilt, alle Kräfte anzujubeln. Nur so kann ein Wahlsieg erkämpft werden, der alle reaktionären Widerstände bricht und dem Willen des Volkes zum Siege verhilft.

Hoch das freie Wahlrecht!

Der Parteivorstand  
der deutschen Sozialdemokratie.

### Rattowik im Reichstage.

Die Besprechung der Interpellationen über die Rattowiger Maßregelungen, die am Donnerstag im Reichstage sorgfältig wurde, vollendete die Blamage der Regierung. In anerkannter Weise und mit kräftigen Worten wandte sich der alte Freisinnige Schrader gegen die Maßregelungen und ließ sich durch den Umstand, daß es sich um Gegenkandidaten des Liberalismus gehandelt hat, für die die Gemäßigten gestimmt haben, nicht in seinem Urteil beirren. Dadurch unterschied sich Herr Schraders Rede sehr vorteilhaft von der seines Fraktionskollegen Dornmann, eines hafatistisch angehauchten Oberlehrers aus Oberschlesien, der zwar mit Ach und Krach auch zu einer Verurteilung der Maßregelungspolitik gelangte, aber es für geschmackvoll erachtete, zu vor dem Zentrum eine Dornmannvorlesung zu halten. In kraftvoller und gehaltreicher Rede wies Genosse Südekum auf den Zusammenhang der Rattowiger Maßregelungen mit dem elendesten aller Wahlsysteme hin. Bezeichnenderweise hatte in der vorigen Sitzung der Zentrumsgraf Dypersdorff in seiner sonst recht guten Rede es vermieden, auf den richtigen Punkt einzugehen. Das paßt ganz in den Rahmen der zweideutigen Zentrumspolitik in der Wahlrechtsfrage. Gleich Herrn Schrader charakterisierte auch Südekum die Laubhummel-Politik des Majors von Wehmann, der zwar Zeit hat, bei den durch Geburt und Klassenwahl berufenen Gesetzgebern Preußens keine Resistenzen abzugeben, aber nicht für nötig erachtet, in einer höchst wichtigen Frage dem Reichstag Rede und Antwort zu geben. Unser Fraktionsredner vergaß auch nicht hervorzuheben, daß unsere Uebereinstimmung mit Zentrum und Polen in dieser Frage selbstredend nicht eine Vergebung der Sünden dieser Schnapsblod-Komplizen bedeutet. Mit einer kläglich gesammelten Hafatisten-Rede mag die freikonservative Schulrat Kolbe das Haus, soweit es sich dieser unerträglichen Qual nicht durch die Flucht entzog. Durch allerhand Wägen gestaltete das Mitglied der Sozialfraktion, Herr Pätzmann, seine Rede etwas unübler, wenn auch nicht gehaltvoller. Der wackerer Antikemist möchte die Beamtenmaßregel verallgemeinern und

zum Staatsprinzip erhoben sehen. Nur das Judenmorden soll den Beamten freistehen. Staatssekretär Delbrück griff noch einmal in die Debatte ein, natürlich nur, um ein erneutes Fiasko davonzutragen. Nicht ohne Leidenschaft und Wirkung sprach der Pole von Dziembowski, wenn auch sein Versuch, die Polenfraktion wegen ihrer sommerlichen Steuerhaltung zu reinigen, total verunglückte. Wir kommen auf diesen Kampf um die Wahlfreiheit noch zurück.

### Politische Uebersicht.

Welche Reichstagsabgeordnete stammen aus dem Volke? Die Mehrheit unserer Volksvertreter — nämlich 212 — rechnen sich zu den akademisch gebildeten Kreisen. Die meisten Akademiker hat das Zentrum, das sich gern die katholische Volkspartei nennt, mit 63 Abgeordneten, die studiert haben; ein großer Prozentsatz davon allerdings nur in den theologischen Fakultäten, also keine Wissenschaft.

Unter den Konservativen sind 35 Akademiker, unter den Freisinnigen 34, den Nationalliberalen 33, in der Reichspartei 14, unter den Polen ebenfalls 14, in der Wirtschaftlichen Vereinigung 8, bei den Sozialdemokraten 6 und den kleinen Gruppen (Grafen, Lehninger, Welfen, Dänen, Wölfe) 12.

Die konservativen Abgeordneten Kretsch, Euen, Graf Gind v. Gindenstein, v. Brodhausen und v. Salderm erwähnen ausdrücklich, daß sie einst Korpsstudenten waren, ebenso der Vizepräsident Erbprinz zu Hohensche-Dänenburg von der Reichspartei; der nationalliberale Herr Wasserbaum, Dr. Wagner (Konf.), Dr. Gahn (Konf.), Dr. Böhm (S. L. P.) und Dr. Getze (natf.) erinnern an ihre Zugehörigkeit zu den Vereinen deutscher Studenten.

Einige Abgeordnete, drei von den Konservativen und einer von der Reichspartei, haben ihre Ausbildung ausschließlich im Rabattenkorps erhalten. Man merkt ihnen meist auch an.

Etwa achtzig bis neunzig Abgeordnete haben Gymnasien, Realgymnasien oder Oberrealschulen besucht, ohne eine Abschlussprüfung zu machen oder ins akademische Leben zu treten. Bei manchen der Herren mag die Gastrolle auf der höheren Schule nur sehr kurz gewesen sein. Doch haben nicht man nicht. Jedenfalls ergibt sich als Gesamtergebnis, daß rund 300 unserer Volksvertreter mindestens die unteren Klassen, Sexta, Quinta und Quarta, mit ihrem Schulbesuch beehrt haben. Nur wenige sind offensichtlich genug, zu erklären, daß sie von der Quarta oder Tertio aus ins öffentliche Leben traten. Von der

Gruppe der auf höheren Schulen vorgebildeten Hochschuladmiral gehören die meisten zu den Nationalliberalen, nämlich 17. Dann folgen 15 Konservative, 13 Herren vom Zentrum, 11 Freisinnige, 9 Mitglieder der Reichspartei, 5 Polen und 4 Sozialdemokraten. Daran schließen sich noch einige Vertreter der kleineren Gruppen. Etwa 10 Abgeordnete sind in Seminaren ausgebildet worden.

Ungefähr 80 haben nur eine Volksschule besucht. Die meisten von diesen, 34 an der Zahl, gehören zur sozialdemokratischen Fraktion. Dann folgen das Zentrum mit 22, die Wirtschaftliche Vereinigung mit 10 Mitgliedern, 5 Freisinnige, 4 Antifemiten und 2 Nationalliberale. Zwei Parteien haben überhaupt keine Mitglieder mit Volksschulbildung in ihren Reihen: die Reichspartei und die Polen. Die meisten Männer aus dem Volk entsendet also die äußerste Axt. Sechzehn sozialdemokratische Abgeordnete bezeichnen sich als Schriftsteller und Redakteure. Auch Debel nennt sich Schriftsteller. Neun Beutel der sozialdemokratischen Abgeordneten stammen aus der Arbeiterschaft.

Einige Abgeordnete des Zentrums haben eine besondere Erziehung in Jesuitenpädagogien genossen; zum Studium studierten sie auch auf ausländischen katholischen Hochschulen, so der in Belgien heimische Herzog zu Arenberg die schlesischen Grafen Dypersdorff und Kaschub die im Pensionat der Gesellschaft Jesu in Feldkirch (Vorberg) erzogen wurden.

Stark ist der landwirtschaftliche Einfluß. Von den Konservativen bekennen sich 43, vom Zentrum 23, von den Nationalliberalen 13, von der Reichspartei 11 Abgeordnete zum landwirtschaftlichen Berufe. Sehr vermehrt hat gegen früher die Zahl der Vertreter der freien Berufe in der Privalbeamten. Das juristische Element besteht aus 40 richterliche Personen und Rechtsanwältin, die Reichspartei 23 katholische und 6 evangelische Geistliche. Die Reichspartei hat nur ein knappes halbes Duzend Anhänger im Reichstage. Sie bleibt, ebenso wie die Arbeiterschaft, in der bürgerlichen Parteien weit zurück.

Gegen die Schländer der neuen deutschen Freisinnigen Volkspartei in Sachen der Frauenwahlrecht erhebt sich unter den liberalen Frauen eine martharische Kraft. An die Vorstände der drei Parteien, welche dem...







# Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

## Eine verspätete Polen-Wahrung.

Bei der Fortsetzung der Diskussion über die Wahlinterpellation nahm sich am Donnerstag Abg. Sabelum die Polen wegen ihrer verlässlichen Haltung anlässlich der Steuerkämpfe kräftig vor. Als er ihnen die Tatsache vorhielt, daß sie damals derselben Regierung, von der sie getrennt und brutalisiert worden, zu Hilfe gekommen sind und damit den Protest des polnischen Volkes entmannt haben, sagte der geachtete Abg. Herr Radziwill zu den ihn umgebenden polnischen Abgeordneten: „Ich habe es auch gleich gesagt, daß ihr eine große Dummheit gemacht habt.“

Daß die Wähler der Polen bei dieser Demonstration besonders geliebt ausgehoben hätten, kann nicht gesagt werden. Herr Radziwill war zurzeit der Steuerkämpfe durch Krankheit am Eingreifen verhindert.

**Schweidnitz, 14. Januar.** Verurteilung Schweinerel. Wegen Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz wurde eine Fleischwurstweilerin aus Langenbielau von der hiesigen Strafkammer zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, nachdem der Amtsanwalt gegen ein Urteil des Schöffengerichts zu Reichenbach, durch welches die Angeklagte nur zu 15 M. Strafe verurteilt worden war, Berufung eingelegt hatte. Recht unangenehm wurden durch die Verhandlung zu Tage gefördert. Die Frau Weilerin hatte sich geglaubt, daß ihre mäßigen Schinkenabfälle für die arbeitende Bevölkerung gerade gut genug seien und verkaufte diese ekelerregende Ware freizeilich an Arbeiter. Ein Zeuge behauptete, daß sich ein Zentimeter lange Maden in dem Fleisch vorgefunden hätten.

**Sagan, 14. Januar.** Gegen die Saganer Stadt- vater. Am heutigen Tage ist von unseren sechs Genossen gegen die Stadtverordnetenversammlung die Klage bei dem Kreisgericht zu Liegnitz eingereicht worden. Die Klage rüht die totale Unkenntnis der höchstgerichtlichen Entscheidungen und beantragt die Stadtvorordnetenwahl der dritten Abteilung für gültig zu erklären. So wird sich ja nun die Gelegenheit finden, mit den „gesegneten“ Stadtvätern an Gerichtsstelle ein Wortchen zu sprechen. Die Stadtverordneten Weidner und Tamm können dann auch dort ihr Licht leuchten lassen.

**Bunzlau, 13. Januar.** Ziegelei-Trust. Die Siegersdorfer Werke A.-G. haben sämtliche Köpferischen Ziegeleien in Liegnitz, Sagan und Bism. sowie verschiedene andere größere Werke in der Umgegend zum Zwecke einer einheitlichen Preisfestsetzung angekauft. Die Fusion soll schon am 1. April in Kraft treten. Das ganze läuft doch nur auf eine Preisbildung der Fabrikate hinaus.

**Brieg, 14. Januar.** Stille Weltordnung. Vor dem Schöffengericht standen heute zwei junge Galizier, welche von irgend einem Agenten an die Brautjungfer verpackt worden und nun, nachdem sie ihre Arbeit getan, wieder nach ihrer Heimat reisen wollten. Beide hatten sich am 5. Januar auf der hiesigen Postzeit o b d a h l o s gemeldet. Keiner von ihnen hatte weder Geld noch Papiere, weshalb gegen beide Anklage wegen Landstreichens erhoben wurde. Nach den Aussagen sind dem einen auf der Fahrt nach Breslau sein Geld und die Papiere gestohlen worden. Der andere hatte sich ein paar Tage in Breslau aufgehalten und dabei ist sein Geld ausgegangen. Papst habe er vom Agenten nicht zurückgehalten. Beide wollten deshalb zu Fuß in ihre Heimat wandern. Obwohl beide noch nicht vorbestraft waren und ihnen auch weiter gänzlich nachgewiesen wurde, daß sich beide auf der hiesigen Postzeit o b d a h l o s gemeldet haben, verurteilte das Gericht die armen Schuder zu je einer Woche Haft und Uebereinkunft an die Landespolizei. Die Untersuchungshaft wurde nicht angerechnet. Vielleicht vergeht den Beiden jetzt die Luft, noch einmal in Preußen um Arbeit nachzusuchen.

**Reiße, 14. Januar.** Ein Denksatz. Der Maurerpolier Fiedler aus Reichland O.S. wurde wegen fahrlässiger Körperverletzung von der hiesigen Strafkammer zu zwei Wochen Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Das Gericht im Innern der katholischen Kirche ist am 4. November d. J. zusammengekommen, wobei der Maurer Blaschke so schwere Verletzungen erlitt, daß er erwerbsunfähig wurde. Dem Angeklagten wurde der Vorwurf gemacht, daß er nicht für genügende Versicherung des Gerätes gesorgt hatte.

**Neustadt O.S., 14. Januar.** Feuer. Am 10. d. M. brach in der Wohnung des Damenzubehörsfabrikanten Schenckelwald die hiesigen Kessel auf bisher unangeführte Weise Feuer aus und scherte die Wohngebäude, mit Ausnahme des Ausganges, die Stallungen und die Scheune mit den gesamten Vorräten ein. Das Vieh konnte noch rechtzeitig gerettet werden.

**Oppeln, 14. Januar.** Tödtlicher Unglücksfall. Mittwoch Abend ist in der Wohnung seiner Eltern der 13 Jahre alte Sohn des Dekorateurs Thill schwer verletzt aufgefunden worden. Der Tod trat bereits nach einer halben Stunde ein. Wie verlautet, handelt es sich um einen Unglücksfall. Der Knabe wollte mit einem Messer Risse aufmalen, wobei das Messer abglitt und ihm in die Brust drang.

## Aus den Gerichtssälen.

### Das Schicksal einer Erblinden.

Die Notlage einer Erblinden hat sich ein Hochkapitel in Berlin junger gemacht, der unter der Auflage des Betrages vor dem Schöffengericht Berlin stand. Vor einiger Zeit schob, wie erinnerlich, ein Referendar auf seine Geliebte und nahm sich dann selbst das Leben. Das Mädchen, Betty Wassermann, wurde nicht tödtlich verletzt, sondern nur ihres Augenlichts beraubt. Da sie gänzlich mittellos war, öffneten sich infolge eines Aufrufs viele mildtätige Hände, so daß die junge Dame vor Not geschützt war.

Dies erfuhr der 21jährige Handlungsgehilfe Robert Schulze. Er stellte sich Fräulein Wassermann als Romanschriftsteller vor und bat sie, ihm ihr Lebensgeschick zu erzählen, er wolle es zu einem Roman verwenden. Fräulein Wassermann entsprach dieser Bitte. Es entwickelte sich bald zwischen dem jungen Manne und der Wassermann ein Liebesverhältnis, besonders als der angebl. Romanschriftsteller der jungen Dame die Ehe versprach. Unter diesen Vorbedingungen gelang es Schulze, von der Erblinden ein Darlehen von 1150 Mark zu erhalten. Erst nach längerer Zeit sah Fräulein Wassermann ein, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen war. Sie teilte das ihrem Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Dr. Alfred Salomon, mit. Dieser bestellte Schulze in sein Bureau, sagte ihm, daß er einer der gefährlichsten und gemeinsten Hochkapitel sei und erklärte, er werde sofort Anzeige machen, wenn er nicht binnen kurzer Zeit das Darlehen zurückgebe. Schulze hatte aber das Geld längst verjubelt. Auf Anzeige des Rechtsanwalts wurde gegen Schulze die Anklage wegen Betruges erhoben. In der gestrigen Verhandlung ergab sich, daß Schulze niemals Schriftsteller war und nicht im mindesten die Befähigung hat, einen Roman zu schreiben. Schulze bestritt, daß er einen Betrag bezogen habe. Einen erschütternden Eindruck machte es, als Fräulein Wassermann als Zeugin erschien und unter ihrem Eide bekundete, daß der Angeklagte sie unter falschen Vorbedingungen um das hübsche Geld gebracht habe. Der Amtsanwalt beantragte drei Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete auf drei Monate Gefängnis.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhold Dorn. — Redaktion und Expedition: Neue Grenzzeitung 58. — Verlag von: J. G. Schöde. — Druck von: J. G. Schöde. — 11. 11. 1911. — Preis 1 Mark.

weiser zu sein, als man ist. Die Arbeitslosigkeit ist da, und läßt sich nicht wegleugnen, und an den Embargoemern am Rheinufer kann man täglich Hunderte von Menschen treffen, denen man ansieht, daß sie ganz froh wären, hätten sie nur vorerst auch nur ein bißchen Pferdewurst und Schwarzbrot.

Einer sehr günstigen Finanzlage darf sich Norwegen erfreuen. Nach einem Telegramm aus Christiania sieht der von der Regierung eingebrachte Budgetentwurf für das Jahr 1910/1911 ordentliche Ausgaben im Betrage von 111.150.000 Kronen und außerordentliche Ausgaben für Eisenbahnbauten im Betrage von 5.922.000 Kronen vor. Die Einnahmen balanzieren mit den Ausgaben, ohne daß neue Steuern eingeführt zu werden brauchen.

Diese außerordentlich günstige Finanzlage Norwegens rührt ausschließlich davon her, daß das Land nicht unter so großen Militärlasten zu leiden hat, wie die Staaten Mitteleuropas, die ebenfalls genug sind, diese Lasten immer noch zu steigern.

**Von der russischen Spitzbubenwirtschaft.** Vor dem Gericht in Kasan wurde nach lebhaften Verhandlungen in dem Prozeß wegen der durch die Revision des Senators Garin aufgedeckten Korruption in der Kaiserlichen Justizverwaltung das Urteil gefällt: 10 Beamte und Offiziere wurden zu 13 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Wie festgestellt wurde, zahlten die Verurteilten den Mitgeleitern der Annahmecommission je nach Rang und Einfluß festgesetzte Provision von 1/2 bis 1 Prozent des Betrages der übernommenen Waren. Einzelne erhielten auf solche Weise bis 200.000 Rubel. Bei einem der Angeklagten wurde eine Summe von 80.000 Rubel beschlagnahmt, den anderen gelang es, ihre Gelder in Sicherheit zu bringen. Wie es heißt, ist jetzt noch gegen 62 Beamte, von denen viele schon längere Zeit nicht mehr im aktiven Dienste sind, die Untersuchung eingeleitet worden.

Eine umfassende Revision des Militärsystems durch Senator Garin steht bevor, wobei ihm vom Kriegsminister die größten Schwierigkeiten erteilt sind, etwaige Schwelgerei, welcher Manneklasse sie auch angehören mögen, zur Verantwortung zu ziehen. — Da müßte das ganze offizielle Ausland ins Buchhaus.

## Partei-Angelegenheiten.

### Au die Parteigenossen Preußens.

Nach § 8 des Statuts der Landesorganisation für Preußen ist der Vorstand der Parteiorganisation Groß-Berlins zugleich der geschäftsführende Ausschuß der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie.

Alle Briefe an den geschäftsführenden Ausschuß sind zu richten an die Adresse des Genossen

Engen Ernst, Berlin W., 68, Lindenstraße 69.

Ein sozialdemokratischer Gemeindevorsteher ist auch im Herzogtum Braunschweig und zwar im Drie-Flodenberg bei Stadtoldendorf vor kurzem in der Person des Genossen Steinhauser Wilhelm Müller gewählt worden. Mit ersten Ermahnungen, sich jeder sozialdemokratischen Tätigkeit zu enthalten, wurde er als Gemeindevorsteher vereidigt.

**Die rote Fahne auf dem Hambacher Schloß.** Am Abend der Sühnwahl in Neustadt-Landau wollte Parteisekretär Geroffe Probst aus Anlaß des zehnjährigen Sieges eine rote Fahne auf dem Turm der Klause hissen. Er und einige andere Genossen, die mit ihm auf das Schloß hinaufgewandert waren, wurden überrascht. Die Folge war eine Anklage wegen erzwungenen Hausfriedensbruchs. Probst wurde von dem Schöffengericht Neustadt zu 8 Tagen, die anderen 6 Angeklagten zu je 7 Tagen Gefängnis verurteilt.

In der gestrigen Verhandlung vor dem Landgericht Frankenthal als Verurteilungsinflanz befehlten die Genossen Probst und Schwarzenberger ihre Strafe von 8 resp. 7 Tagen, die anderen Angeklagten wurden freigesprochen und die Kosten der letzteren der Staatskasse anlastet.

## Arbeiterbewegung.

**Lohnbewegungen im Tabakgewerbe.** In den drei von der Großhändlergesellschaft deutscher Konsumvereine nunmehr übernommenen Betrieben der früheren Tabakarbeitergenossenschaft zu Hamburg haben die Zigarrenarbeiter Forderungen gestellt. Sie verlangen eine tägliche Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden, Sonnabends von 8 Stunden, und die Löhne um 25 Pfg. bis 1,25 M. in einzelnen Fällen um 2,25 M. pro Tausend, zu erhöhen. In gleicher Höhe sind auch Lohnforderungen für die Tabakarbeiter und Hilfsarbeiter gestellt worden. Die Forderungen wurden in Form eines Tarifs eingereicht. Die drei Betriebe der Großhändlergesellschaft deutscher Konsumvereine befinden sich in Hamburg, Frankenberg in Sachsen und Hohenheim in Baden.

**Erfolgreicher Streit der Mälzereiarbeiter.** Nach achtjähriger Dauer sämtlicher im Brauereiarbeiterverbande organisierten Mälzereiarbeiter der Mälzfabrik Fr. Rupperts in Düsseldorf bequeme sich Herr Rupperts zum Abschluß eines Tarifvertrages. Vorher hatte er den Vertretern des Brauereiarbeiterverbandes erklärt, daß er für sie nicht zu sprechen wäre; er hätte mit dem Brauereiarbeiterverband nichts zu tun und unterhalte nur mit seinen Arbeitern. Mit seinen Arbeitern unterhandelte Herr Rupperts aber auch nicht, dagegen begann sein Mälzmeister die Leute bis aufs Blut zu schikanieren und Unmögliche in der Arbeit von ihnen zu verlangen. Das schlug dem Haß den Boden aus und den Arbeitern blieb als letztes Mittel nur der Streik, der bewirkte, daß Herr Rupperts seinen Herrenstandpunkt aufgab. Ein Teil der Arbeiter hat die Arbeit wieder aufgenommen, die noch vorhandenen wurden nach Bedarf eingestellt. Keiner der Streikenden war schuldlos geblieben, trotzdem einige acht bis zehn Jahre im Betriebe beschäftigt gewesen waren.

**Lohnreduktion infolge der Gewerbesteuer.** Die Weberin der Gebr. Keller in Dollern (Kr. Drona i. Ell.) hat die durch die Gesetzgebung mit dem 1. Januar eingetretene Arbeitszeitverlängerung mit einer Lohnreduktion beantwortet. Das größtenteils unorganisierte Personal stellte die Arbeiter ein, nahm sie jedoch am Tage darauf bedingungslos wieder auf.

**Ein geistlicher Terrorist.** Herr Pfarrer Schuegenapfling, Pächter und Schulinspektor in Geiselhöring (Oberpfalz), der Sonntag für Sonntag von der Kanzel herab besonders gegen die sozialdemokratische Presse loszieht, die Kinder in der Schule ausfragt, welche Zeitung die Eltern halten und eifrig von Haus zu Haus für die Zentrumsprelle agitiert, hat kürzlich an die Zeitung der Mälzfabrik in Geiselhöring die Anfrage erlassen, daß ein seit zwanzig Jahren dort beschäftigter Arbeiter Gähler das „Bayerische Wochenblatt“ lese und auch die anderen Arbeiter dazu verleihe. Das solle sie nicht tadeln; in ein solch großes Geschäft gehöre ein Zentrumsblatt und „der Gähler“ wisse Sie, Herr Pfarrer — das ist ein Sozialdemokrat! Der Herr Pfarrer sagte nicht direkt, daß Gähler entlassen werden solle, aber gemeint hat er es wohl. Die Verwaltung der Fabrik erklärte jedoch dem Herrn Pfarrer: „Erfreut sind wir mit unseren Leuten sehr zufrieden, und 2. können wir ihnen nicht verbieten, diese oder jene Zeitung zu lesen.“ Damit war der Herr Pfarrer abgehakt.

**Ernährung englischer Arbeiter.** Eine größere offizielle Untersuchung, die über die Ernährung der Arbeiter kürzlich in York (England) gemacht wurde, ergab, daß die Arbeiter der ungelerten Bezugs durchweg 20 Prozent weniger Nahrung zu sich nehmen, wie zur Erhaltung ihrer normalen Körperkräfte notwendig wäre. Gelehrte Arbeiter erhalten eben genug. Hilfsarbeiter erwidern also eine höhere Unterernährung, gegenüber der so öffentlichen Mitteln erhaltener Arbeiter, und sie haben gar 29 Prozent weniger Nahrung zu sich genommen.

fast eine hohe ergiebige Wirkung, weil sie den jugendlichen Arbeiter die Gefahr der Verarmung bekämpft. Durch die Lohnabnahme der Arbeiter sollte nun der Trieb zur Sparlichkeit und das Wohlstandswort der Abhängigkeit von den Eltern lebendig erhalten werden. Dagegen wurden Bedenken erhoben, ob der verfolgte Zweck durch die Bestimmung tatsächlich erreicht würde, weil ein großer Teil der jugendlichen Arbeiter nicht bei ihren Eltern wohnt. Die jugendlichen gemachten Erfahrungen haben diese Bedenken vollumfänglich bestätigt. Denn in den Jahren 1908/1909 der Gewerbeaufsichtsbereichen wird berichtet, daß die Lohnabnahme sowohl bei den jugendlichen wie bei den erwachsenen Arbeitern sich sehr geringer Beliebtheit erfreuen, so daß die Arbeiter weder von den jugendlichen Arbeitern mit nach Hause genommen, noch von den Eltern einsehend werden. Es kommt hinzu, daß die Arbeiter den Nutzen der Lohnabnahme nicht befreiten. Unter diesen Umständen steht die Novelle zur Gewerbeordnung die Befreiung der Lohnabnahme vor.

**Die Wahl der Arbeitervertreter zu der unteren Verwaltungsbehörde hat in der Stadt Braunschweig mit einem vollen Siege der freigeordneten Arbeiter geadet. Die von den Unternehmern aufgestellte Kandidatenliste für die Arbeiter unterlag.**

In Wollensbüttel nahmen unsere Genossen den Gegnern zwei Mandate ab. Die Kreisdirektionen haben im Stillen für die gegenwärtigen Kandidatenlisten gearbeitet. So kam es, daß im Kreise Wollensbüttel sogar ein Schuhmann als Arbeitervertreter zu dem Schiedsgericht gewählt wurde.

**Die Telegraphenarbeiter und der Fall Wallenthin.** Am Mittwoch fand in Berlin eine sehr stark besuchte Versammlung der Telegraphenarbeiter und des technischen Hilfspersonals der Postverwaltung statt. Der von der Postverwaltung gemahregte erste Vorsitzende des Bundes deutscher Telegraphenarbeiter, Wallenthin, schilderte die sozialen Verhältnisse seiner Postkollegen. Die Höhe der Arbeiter hätten noch vor 4 Jahren 2,75 und 4,25 Mark pro Tag betragen. Infolge der Tätigkeit der Organisation seien diese Löhne um 5 bis 20 Pfg. erhöht worden, aber nicht einmal überall. Die 41 Oberpostdirektionen zahlten heute, so führte der Redner weiter aus, ganz verschiedene Lohnsätze. Dabei käme in Betracht, daß der Höchstlohn, der in Berlin 4,75 M. pro Tag betrage, infolge einer unplanmäßigen Lohnaufstellung niemals erreicht werde. Auch die Erhöhung einer Arbeiterklasse, wie sie für die Eisenbahnarbeiter schon besteht, lehne die Postverwaltung ab. Die Postverwaltung sei auf die Telegraphenarbeiter nicht angewiesen, selbst wenn der Verdienst ein halbes Leben lang der Postverwaltung angehört. Die eingereichten Arbeiterauskünfte seien die Karikatur einer Arbeiter-Vertretung. In der lebhaftesten Diskussion sprachen auch die erschienenen Abgeordneten im Sinne der Wünsche der Arbeiter. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Reichstag sich der bedrückten Lage der Telegraphenarbeiter annehmen werde. Von allen Rednern wurde auch die Entlassung Wallenthins als eine Beleidigung der Handwerker und Arbeiter auf das Schärfste verurteilt. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde die Zurücknahme der Entlassung gefordert.

## Ausland.

### Loß von Rom!

Seit vielen Jahren besteht in der katholischen Geistlichkeit eine Bewegung, die auf Losrennung von der Kirche geht. Um ihnen das Fortkommen in einem bürgerlichen Berufe zu erleichtern, ist in Paris eine Vereinigung „Die Arbeit der ehemaligen Priester“ entstanden, die auch unerfüllende Mitglieder aufnimmt und eine Zeitschrift „L'Esprit“ (Der Austritt) herausgibt. Ein solcher Priester, der ausgeschieden ist, weil er sich nicht zur Bekämpfung der Republik und der öffentlichen Schulen hergeben wollte, veröffentlicht eine Darstellung seines Rücktritts, die ein ergreifendes Bild der Priestererziehung und ihrer grausamen Wirkungen gibt. Eduard Bar, früherer Pfarrer in Boisjean, erklärt unter anderem:

„Wenn ich die Kirche verlasse, geschieht es nicht aus Verlangen nach Weiber-Abwehren. Nur die ungeheure Sehnsucht der frommen Welt hat mich vertrieben. Welch trauriger Seelenzustand. Da gibt es wenige Fanatiker, die sich nicht auf Erörterungen einlassen. Das sind die Aufrechten. Aber die Masse der Priester ist eigenmächtig. Sie mur-meln die Gebete nur mit den Lippen, zu träge, um einen Versuch zu wagen, wo Arbeit ein leeres Wort ist, zu weit entfernt, um dorthin etwas Würde zu bringen. Zu welchen Erniedrigungen muß sich ein Priester hergeben, um zu leben! Sich zum Werkzeug der politischen Klugheit machen, um bei den einflussreichen Leuten sich Kind zu sein. Die Hand drücken, um das Geldstück zu erhalten, freundliche Worte machen für Geld... Als Demokrat habe ich die Kirche verlassen, die die Großen gegen die Gerungen hilft. Als christlicher Mann verließ ich das Priestertum, weil es heuchlerisch und menschlich ist... Und ich denke an alle die Priester, die ihre Seele verzeihen in inneren Kämpfen, die ihrem quälenden Zustande entrinnen möchten, es aber nicht wagen. Die Furcht vor der Welt und ihrem Kampfe, die ihnen im Seminar eingepflanzt wurde, beherrscht sie. Sie dämmern dahin in Entbehrung und Dastern. Wenn sie wüßten, wie gut es ist, sich geradezu mit seinem Gewissen in Uebereinkunft gesetzt zu haben!“

O, was wird das für ein fetter Stollenbraten werden — nicht dazu eine gläubige Seele.

## Schwarzbrot und Pferdewurst.

Aus London, 11. Januar, schreibt man uns: Deutsches Schwarzbrot und deutsche Pferdewurst spielen im Wahlkampf eine gewichtige Rolle. Um die Angaben der Konservativen zu widerlegen, die sich nicht scheuen, der Menge vorzureden, Deutschland sei durch den Schulzoll eine Art Paradies für die Arbeiter geworden, weisen die Liberalen immer wieder darauf hin, daß die Lebenshaltung des englischen Arbeiters viel höher ist, als die des deutschen, der bei geringeren Löhnen höhere Preise für die wichtigsten Lebensmittel bezahlen muß. Wenn der englische Arbeiter nahrhaftes und leicht verdauliches Weizenbrot isst, sagen die Liberalen, muß der deutsche das viel weniger nahrhafte schwarze Roggenbrot genießen, und an Stelle der guten englischen Weizenmehl muß er mit Pferdewurst vorlieb nehmen, wenn er auf den regelmäßigen Fleischgenuss nicht verzichten will. In vielen Läden der Arbeitervorstädte, deren Schaufenster von den Liberalen gemietet wurden, steht man leicht aus einander geschüttelte deutsche Brotscheiben mit schwarzbrauner Krume und neben ihnen deutsche Pferdewürste in ihrer charakteristischen grellroten Färbung. Durch die Angabe der Preise und entsprechende Erklärungen hierzu wird der Arbeiter bekehrt, daß er keine Ursache habe, seine deutschen Kameraden wegen ihrer allzu üppigen Lebenshaltung zu beneiden. Da der englische Arbeiter kein Schwarzbrot kauft und vor Pferdeweisheit einen starken Ekel empfindet, verleiht diese Art der Beweisführung nicht ihren Eindruck. Die Konservativen erwidern aber, daß der Genuß von Schwarzbrot eine deutsche Gewohnheit sei, die in allen Kreisen der Bevölkerung verbreitet ist, und daß überdies trotz Schulzoll der Weizenkonsum in Deutschland steige. Die letztere Tatsache erklärt sich wohl aus der bekannten Erscheinung, daß alle Industriezweige vom Roggenbrot oder sonstigen Hauptnahrungsmitteln zum Weizenbrot übergehen. Ist doch auch in Italien seit der Industrialisierung des Landes der Weizenverbrauch stark gestiegen. Diese natürliche und im Interesse der Volksernährung wünschenswerte Umwälzung wird nun in Deutschland durch den hohen Weizenzoll zweifellos künstlich aufgehalten. Den Konservativen wird es kaum gelingen, mit solchen Argumenten, die sich schließlich gegen sie selber wenden, die Arbeiter zu Schulzoll, Schwarzbrot und Pferdewurst zu bekehren. Sinnvollerum beachten die Liberalen einen armen



Bekanntmachung!

Sektion der Putzer

Sonntag, den 16. d. M., vorm. 11 Uhr

1. Ordnung, 2. Wahl des Vorstandes...

Br. Rindfleisch-Verkauf

Jung und fett 4 Pf. 50 u. 60 Pf., auch Hinterfleisch

Erich Barber, vorm. Heinrich Barber, Bucher-Revisor...

Volksbräu g. B. Por, wohlschmeckend, alkoholfrei

Die sicher wirkendsten Spül-Spritzen

Eisener Ofen u. Ofenrohr, Billigste Preise

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

Brieg, Arbeiter-Konfektion, Hermann, R. Krieff...

Schrambe, E., Herren-Garderobe, Damen-Garderobe...

Liegnitz, Abzahlungs-Geschäfte, Dorn, Carl Rahl...

Schmiedeberg, Gemischt-Waren, Berger, W. Kunz...

Strehlen, Drogen und Farben, Hoffmann, J. Rahl...

Friedland, Bäckereien und Konditoreien, Hoffmann, S.

Bach, Arth., Kolonial- und Gemischtwaren, Kaufhäuser...

Glogau, Drogen und Farben, Sinte, Fritz...

Goldberg, Herren-Garderobe, Zitzmann, Paul...

Striegau, Eisenwaren, Kuchengeräte, Scholz, Oskar...

Sabek, Herren-Garderobe, Gubler, R. Charlottenbrunn...

Altwasser, Bäckereien und Konditoreien, Wiedner, Oskar...

Bunzlau, Fabrikation, Dries, Paul...

Haynau, Galanterie und Spielwaren, Müller, Jul.

Burghardt, J. W., Herren-Garderobe, Gubler, R.

Keilze, Bruno, Herren-Garderobe, Gubler, R.

Waldenburger Industrieviertel, Automaten-Restaurant

Altwasser, Bäckereien und Konditoreien, Wiedner, Oskar

Keilze, Bruno, Herren-Garderobe, Gubler, R.

Hirschberg, Damen-Konfektion, Milke, G. A.

Burghardt, J. W., Herren-Garderobe, Gubler, R.

Keilze, Bruno, Herren-Garderobe, Gubler, R.

Waldenburger Industrieviertel, Automaten-Restaurant

Altwasser, Bäckereien und Konditoreien, Wiedner, Oskar

Deutsch-Lissa, Herren-Garderobe, Gubler, R.

Hirschberg, Damen-Konfektion, Milke, G. A.

Burghardt, J. W., Herren-Garderobe, Gubler, R.

Keilze, Bruno, Herren-Garderobe, Gubler, R.

Waldenburger Industrieviertel, Automaten-Restaurant

Altwasser, Bäckereien und Konditoreien, Wiedner, Oskar

Freiburg, Herren-Garderobe, Gubler, R.

Hirschberg, Damen-Konfektion, Milke, G. A.

Burghardt, J. W., Herren-Garderobe, Gubler, R.

Keilze, Bruno, Herren-Garderobe, Gubler, R.

Waldenburger Industrieviertel, Automaten-Restaurant

Altwasser, Bäckereien und Konditoreien, Wiedner, Oskar



## Deutscher Reichstag.

15. Sitzung, Donnerstag, den 13. Januar, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrat: Dr. Delbrück, Kräfte, Lisso. Die Beamtenverordnungen in Ostpreußen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen des Zentrums und der Polen, die Ostpreußen-Vorgänge betreffend.

Abg. Schrader (Freis. Vag.):

Auf die Polenfrage will ich nicht näher eingehen. Solange ich in politischen Dingen stehe, also mehr als 30 Jahre, sind die Polen in Folge der verkehrten Verträge, die sie zu guten Deutschen zu machen, immer wirtschaftlich stärker und nationaler geworden. Die wichtigste Frage ist die Polenfrage ist die Frage der kaiserlichen Rechtsgleichheit der Beamten. (Sehr richtig! links.) Für den Beamten ist nur das Reichsbeamtengesetz maßgebend, kein Vorgesetzter hat das Recht, darüber hinaus etwas von ihm zu verlangen, das trifft auch zu für den Staatssekretär und den Reichskanzler. (Sehr richtig! links.) Der Treue ist nicht dem Staatssekretär geleistet, und der Herr Staatssekretär des Reichsjustizministeriums wird keine gesetzliche Bestimmung aufweisen können, welche einen Vorgesetzten ermächtigt, für die ihm unterstellten Beamten zu wählen. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Freisinnigen.)

Um ähnlichen Vorkommnissen vorzubeugen, brauchen wir dringend ein Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit und wir müssen uns ferner bei allen Verhandlungen über das Wahlrecht vor Augen halten, daß den Beamten die freie Ausübung ihres Rechts garantiert wird. Ich hoffe, der Herr Reichskanzler wird eingehen nehmen, und seine Ansicht hiermit vorzutragen. (Lebhaftes Bravo! links.)

Abg. Dr. Südekum (Soz.):

Ich glaube, Sie alle werden mit mir erstaunt sein, daß nach den wackeren Worten meines Vorredners kein Regierungsvertreter das Wort genommen hat; die Klatschen und Schläge scheinen so gut gefallen zu haben, daß die Herren einige Zeit brauchen, um neue Ausflüchte zu erfinden, die ihr Verfahren beschönigen sollen. Auch ich hege den Wunsch, daß der Reichskanzler selbst hier erscheinen möge.

Wo ist der Major von Bethmann-Hollweg?

(Sehr gut! links, große Heiterkeit.) Das Verfahren, sich taubstumm zu stellen, verliert allmählich den Reiz der Neuheit.

Ich komme zum Falle selbst, der noch nicht genügend nach allen Seiten beleuchtet ist. Als wir im vorigen Jahre den letzten Kampf um das Steuerprogramm der Regierung führten, da dachte ich, die Vertretung der gemäßigten, gescheiterten und brutalsten polnischen Bevölkerung könne nicht und nimmer mehr die Vorlage der Regierung unterstützen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Polen aber, indem sie dem Zentrum den Rücken deckten, haben es verschuldet, daß diese Steuerreform, welche sogar Herr Bassermann eine Abspaltung der Massen nannte, angenommen wurde. (Lebhaftes Zustimmung links, große bis zum Rührer sich steigende Unruhe im Zentrum, bei den Polen und Konserwativen.) Darüber ging ein einziger Schrei der Entrüstung durch das polnische Volk, durch seine armen proletarisierten Massen im Osten und Westen Deutschlands.

Alle Fraktionen von München-Blablabla

helfen nichts mehr! Man brauchte etwas Außergewöhnliches und in dieser Lage kamen die Ostpreußen-Vorgänge nur willkommen, um die Mäuler des vorigen Jahres mit dem Schleiher der Vergessenheit zu bedecken. Ich glaube ja allerdings nicht, daß es sich um ein abgekartetes Spiel, um ein Komplott handelt — aus Mangel an Intelligenz auf der Regierungseite. (Große Heiterkeit links.) Über die Situation ist ein gesundes Pressen für das Zentrum. Obwohl es Regierungspartei ist, kann es wieder einmal Recht und Gerechtigkeit verteidigen und die Verfassung gegen Übergriffe der Bureaucratie behüten, kann sich ausbilden als Verkörperung elementarer Grundzüge des Liberalismus gegen liberale Stadtbureaucraten. (Sehr gut! links.)

Wir haben durchaus keine Veranlassung, den Ostpreußen Fall etwa gering zu achten, oder nicht mit aller Entschiedenheit unseren Standpunkt zu vertreten. Wir wollen nur nicht, daß er zur Verleumdung der Unvergleichlichkeit des polnisch-katholischen Volkes dienlich von den Sündern seiner Vertreter im Jahre 1909.

Wenn nun wirklich polnische Bevölkerungsteile dem Staate gefährlich werden sollten — ich behaupte das nicht —, dann würde die preussische Regierung und die Kaiserin ihr volgerichtigste Maß an Schuld daran zu tragen haben. Sie haben die polnische Bevölkerung außerhalb des Ge-

setzes gestellt. Voran es den Kaiserlichen im Grunde ankommt, das geht daraus hervor, daß jetzt nicht allein die Regierung, sondern auch die industriellen Werte in brutalster Weise Beamte maßregeln, weil sie für einen Polen stimmten oder agitierten. (Hört, hört! bei den Soz.) Praktisch kommt es darauf an, daß man die Leute niederhalten will, weil sie dann um so billiger und willfähriger sind. Entsetzt man den Kaiserismus aller Illusionen, so läuft sein Streben darauf hinaus, im Osten teures Land und billige Ähne zu haben. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn die polnische Gefahr wirklich so groß ist, warum wenden dann Leute von dem Einfluß und der Beredsamkeit des Herrn Heinze ihr Bestreben nicht darauf, die nationalliberalen Parteigenossen in Westfalen zu verhindern, massenhaft slavische Arbeiter in ferndeutsche Gebiete zu verpflanzen? (Sehr richtig! bei den Soz.) Erkundigen Sie sich in Westdeutschland, dort werden die deutschen Arbeiter durch dieses Verfahren der nationalliberalen Besenbesitzer arbeitslos gemacht.

natürlich geschieht das alles aus Patriotismus! (Sehr gut! bei den Soz.) Die Anschauungen des Herrn Heinze sind eine Gefahr für die Deutschen im Ausland. Sie bedenken sich mit dem Verhalten der Russen in den Ostprovinzen, in Finnland usw. Man erklärt einfach die anderen Volksstämme für staatsgefährlich und hat dann das Recht, sie zu brutalisieren. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Argumente der Regierungsvertreter waren äußerst dürftig. Lauter magere Knochen. Der Versuch, sich mit opportunistischen Gründen zu rechtfertigen, reizt zur Nachahmung. Auf diese Art kann man jederzeit beweisen, daß die beiden Herren Staatssekretäre und der Herr Reichskanzler im Interesse des Dienstes schleunigst in ein besseres Klima versetzt werden müssen. (Große Heiterkeit.)

Daß die Maßregelungen gegen Recht und Gerechtigkeit verstoßen und eine Verletzung der Verfassung involvieren, ist bereits einwandfrei nachgewiesen. Herr Schrader hat mit Recht betont, daß wir es hier mit wiederholten Versuchen einer überstiegenen Bureaucratie zu tun haben, die sich selbst zum Herrscher des Volkes und als Zweck des Staates stabilisiert. Die Beamten haben das gleiche Recht wie jeder Staatsbürger. Das gleiche ist bei den Arbeitern der Fall. Aber trotzdem werden sie in Preußen unaufrichtig brutalisiert und ihnen wird das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht genommen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Wenn es wahr wäre, daß die oberen Beamten die Bestimmung ihrer Untergebenen zu bestimmen haben, dann wäre es das einfachste, auch dem aktiven Militär das Stimmrecht zu geben. Der Kriegsminister brauchte dann nur die Votallons anmarschieren zu lassen, immer so viel Mannschaften, als gerade nötig sind, um den Regierungskandidaten durchzubringen. Herr Delbrück sagte, es braucht ja keiner Staatsbeamter zu werden. (Gelächter links, Rufe bei den Sozialdemokraten: Er auch nicht! Heiterkeit.) Für die Masse der Subalternbeamten und Arbeiter trifft das nicht zu. Sie können arbeitslos werden, wenn die polnische Notwendigkeit, einen Beamtenposten anzunehmen, nicht ausreicht.

Die Frage der Gewissens- und Wahlfreiheit gewinnt immer höhere Bedeutung, und wir wollen keinen Zweifel lassen, daß wir den Kampf auf der ganzen Linie aufnehmen werden, um die Gewissens- und Wahlfreiheit der Staatsbeamten und Arbeiter zu garantieren. (Bravo! bei den Soz.) Die Ostpreußen Vorgänge führen direkt in das Herz der preussisch-deutschen Frage hinein, in die Frage des Wahlrechts, und diese Verhandlungen haben endlich aufgedeckt mit der törichtsten und gefährlichsten Absicht, daß die Öffentlichkeit der Abstimmung einen Beweis für die Mannhaftigkeit der Abstimmenden ergebe. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Glauben Sie denn, daß alle diese tausende von Männern sich blut in den Adern haben, daß sie keine Ideale haben? Ohne eine Aenderung des Wahlverfahrens im Staat und in den Gemeinden Preußens ist eine gesunde Entwicklung unserer politischen Zustände überhaupt nicht denkbar. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Im Süden und Süd-Westen Deutschlands macht sich ein starker Zug demokratischer Entwicklung bemerkbar. Die Gegensätze zwischen Norden und Süden werden immer größer. Das muß zu einer zwar latenten aber im gegebenen Augenblick gefährlichen Spannung führen. Die Aenderung des Wahlrechts in Preußen ist geradezu das zentrale deutsche Problem. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Man muß sagen, der Herrgott hat der preussischen Beamtenschaft die Klugheit verweigert, als er sie dann betrachtete, tat sie ihm

leid, und er gab ihr dafür die Dummheit. (Große Heiterkeit.) Anders kann man jene Maßnahmen gar nicht verstehen, die ein unzweifelhaft lobendes Wort beständig zeigen und einpöbeln. Wenn der Herr Staatssekretär wirklich dem Lande dienen will, so sollte er die Maßnahmen der preussischen Bureaucratie hinter sich lassen. Vor allem aber sollte er die Reichsverwaltung von allen Versuchen rein halten, welche die Freiheit der Staatsbürger antasten. Denn sie ist das einzige und beste, worauf ein Staatswesen beruht. (Lebhaftes, anhaltender Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Auch ohne die Mahnung des Herrn Vorredners hätte ich Herrn Schrader sofort beantwortet, wenn ich nicht einer Sitzung des Bundesrats hätte beimohnen müssen. Herr Schrader hat aus meinen gestrigen Erklärungen Folgerungen gezogen, die ich selbst nicht gezogen habe. Die verletzten Beamten sind nur darüber belehrt worden, daß es gegen ihre Pflicht verstößt, für Kandidaten zu stimmen, welche den großpolnischen Bestrebungen anhängen. Dagegen ist es diesen Beamten nicht aufgegeben worden, daß sie für irgend einen Kandidaten zu stimmen haben. (Große Heiterkeit, b. d. Pol., im Zentr. u. Soz.) Die Beamten sind auch nicht bestraft worden. Sie wurden nur verfehlt im Interesse des Dienstes. (Erneute Heiterkeit.) Die Beschränkungen, welchem die Rechte eines Beamten unterworfen sind, wie ich gestern ausführte, sind zwar nicht fest umschrieben, aber sie sind für den Fall und das Pflichtgefühl jedes Beamten unschwer zu erkennen. Ich habe auch bereits ausgeführt, daß es sich in Ostpreußen um einen Akt nationaler Notwehr handelte. (Laut. Lach. b. d. Pol., Puh! b. d. Soz., Beif. b. d. Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Kolbe (Npt.):

An der Reichsfinanzreform haben sich die Polen nur aus Schadenfreude beteiligt, um ihren Feind Bismarck zu stärken. Das Zentrum sollte sich für die nicht so sehr im Zeug legen. Der Ostpreußen Beamten ist die Wahlfreiheit nicht verweigert worden. Sie durften nur nicht für den Polen stimmen. (Lautes Lachen im Zentrum, bei den Polen, Soz. und Freis.) Die Regierung mußte einschreiten. Auch wir sind für die Wahlfreiheit. (Sturm. Heiterkeit bei den Polen, Zentrum und Soz.) Aber ungeeignete Elemente müssen aus der Ostmark entfernt werden. Redner schließt mit der Aufforderung, die Regierung möge die kaiserliche Politik aufrecht weiter führen. (Bravo! rechts.)

Abg. von Dziembowski-Poman (Polen)

polenisiert zunächst gegen Südekum. Seine Fraktion habe bei der Finanzreform durchaus die Interessen der Arbeiter und speziell der Landarbeiter wahrgenommen. (Widerpr. b. d. Soz. u. b. d. Pol.) Die Mehrheit des Reichstages hat die Beamten-maßregelungen mißbilligt. Die Herren, die die Regierung verteidigten, scheinen zu fürchten, das große deutsche Reich erbebe in seinen Grundfesten, wenn in Ostpreußen der freischermestler Panikalla zum Stadtverordneten gewählt wird. (Beifall. u. Sehr gut! b. d. Polen u. im Zentr.) Die Regierung verfolge im Osten eine Politik der Absicht. Wir Polen scheinen nicht das Recht der Öffentlichkeit. Wir haben eine Ostpreußen-Enquete beantragt, aber der Bismarck hat uns niederebestimmt. Nicht wir haben die Unzufriedenheit herbeigeführt, sondern die fortbauernde Verletzung unserer heiligsten Gefühle hat eine ruhige Bevölkerung in Bewegung versetzt. Nicht wir agitieren, sondern der Ostpreußenverein. Wir kämpfen nur in der Hoffnung auf endgiltigen ehrlichen Frieden. (Lebhaftes Bravo! b. d. Polen.)

Abg. Bismarck (nationalist. Vereinig.):

Bismarck würde der heute bestehenden Polengefahr auch entschieden entgegnet haben, er würde es gewiß nicht machen wie unsere gegenwärtige Regierung. Herr Südekum sprach von der Freiheit der Beamten, aber nirgends herrscht so wenig Freiheit wie bei der Sozialdemokratie. (Lachen b. d. Soz.) Haben Sie denn schon die eblen Sechse vergessen? (Erneutes Lachen b. d. Soz.) Die Regierung sollte der Polengefahr nicht nur im Osten, sondern auch im Westen entgegenzutreten. Sie hat selbst durch ihr Schwanken zum Wachstum dieser Gefahr beigetragen. Möge sie in Zukunft festbleiben.

Abg. Dr. Doormann (freisinnige Volkspartei):

Das Zentrum hätte die Vorgänge vermeiden können. Die Liberalen waren bereit, ihre Kandidaten zurückzugeben, wenn das Zentrum auf die polnischen Kandidaturen verzichtete. (Lach. b. d. Soz.) Das Deutschland steht in Oberfließen nicht auf so schwachen Füßen, daß es durch die Abstimmung einiger Beamten gefährdet werden könnte. Die Maßregelungen fördern nur die polnische Bewegung. (Bravo! b. d. Freis.) Damit schließt die Besprechung. Es folgt die erste Beratung des

Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozeßordnung.

## Aus aller Welt.

1380 Meter hoch geflogen. Der Ruhm Lathams, der jüngst einen Höhenrekord für Aeroplane mit 1000 Meter aufstellte, hat seinen Landsmann Paulhan nicht ruhen lassen. Als ihm in dem kalifornischen Badeort Los Angeles die Nachricht von dem Höhenflug Lathams überbracht wurde, fragte er den Interdiktur, wie hoch die Berge seien, die hinter Los Angeles aufsteigen. „4000 Fuß“ war die Antwort des Interdikturs. „So hoch werde ich morgen fliegen“, erwiderte stolz der Abtakter. Und er hat sein Wort gehalten. Ein Telegramm aus Los Angeles meldet: Paulhan erreichte am Mittwoch bei einem Aufstieg eine Höhe von 4000 Fuß und stellte damit einen neuen Höhenweltrekord für Aeroplane auf.

Von anderer Seite wird dazu noch berichtet: Während der Flug Lathams offiziell nicht anerkannt werden konnte, da er wohl von Offizieren, aber nicht von benachrichtigten und vom Komitee beauftragten Inspektoren nachgeprüft wurde, hatte Paulhan schon am Tag zuvor an das Komitee die Mitteilung gelangen lassen, daß er den Höhenflugrekord Lathams, an dem er übrigens nicht zweifelte, zu schlagen gedente. Vor einer vielköpfigen Zuschauermenge stieg er mit seinem German-Swebeder bis zur Höhe von 1380 Metern in fleten Kreisen empor und hielt somit einen neuen Höhenrekord auf, der noch dazu offiziell kontrolliert worden ist. Der prächtig gelungene Flug dauerte 50 Minuten 46 Sekunden. Paulhan hatte erst im Dezember vorigen Jahres den Höhenrekord auf 600 Meter gebracht, den ihm Latham am 7. Januar durch seinen Höhenrekord von 1000 Meter schnell wieder entziffen hatte. Der Höhe Abtakter wurde nach glücklich vollbrachter Landung von den Zuschauermassen mit ungeheurem Jubel empfangen.

Eine Wendung im Prozeß Hofrichter? In der Mordaffäre Hofrichter werden wieder neue sensatio-nelle Gerüchte verbreitet, deren Stichhaltigkeit, da das Verfahren streng geheim ist, nicht geprüft werden kann. Neue Vermutungen wollen die Spur von Hofrichter ablenken, und es wird bereits ein anderer Oberleutnant als Täter bezeichnet. Man behauptet, daß der Sohn

eines Wiener Drogeristen im November vorigen Jahres einem Offizier auf betragendes Ersuchen eine größere Quantität Hyantalk zum Rattenvertilgen überlassen habe. Er wurde Hofrichter gegenübergestellt und erklärte bestimmt, daß Hofrichter nicht jener Offizier sei. Die neue Spur wurde weiter verfolgt und ergab, daß am 5. November ein Oberleutnant in der Eisenbahnung von Eduard Pfeil in der Margarethenstraße 41 erschien und erklärte, er habe im Schauenstein photographische Apparate gesehen. Er frage, ob er für photographische Zwecke Hyantalk haben könne. Die Frage wurde verneint. Da erschien ein Hauptmann im Geschäft, und schloß verlegen habe sich der Oberleutnant schnell, ohne dem höheren Offizier die schuldige Ehrenbezeugung zu leisten, abgewendet und das Geschäft verlassen. Der Geschäftsinhaber wurde ebenfalls mit Hofrichter konfrontiert, erklärte aber, Hofrichter sei bestimmt nicht jener Oberleutnant. Vielleicht hat also Hofrichter Mithilfe, oder ist der Täter ein anderer. Dieser Tage erging an sämtliche in Wien anwesende Oberleutnants ein Befehl, der besagte, jener Offizier, der am 5. November beim Eisenhändler Pfeil war, möge sich melden.

Das gute Geschäft, das soeben in Wochen mit der Ausstellung von sogenannten Reliquien, den „Wundern Christi“, gemacht worden ist — es waren etwa 600.000 Personen gegen 1 Mark Eintrittsgeld gekommen — lockt auch anderswo zur Veranstaltung ähnlicher Schaustellungen. Man schreibt vom Riedersee: Nachdem kaum die Kaiserlichen Festtage wieder auf sieben Jahre in den verschlossenen Schrein zurückgewandert sind, wird in den Tagen vom 14. bis 18. August eine neue rheinische Heiligenschaufahrt nach R.-Glabbach stattfinden. Dort werden unter anderem folgende Reliquien gezeigt: Ein Teil des Kreuzes, auf dem Christus mit seinen Jüngern das letzte Abendmahl feierte; ein Stück von dem Purpurkleid, in dem Christus von den Soldaten verspottet wurde; Zellen von dem Kreuze und anderen Leidenswerkzeugen, Teile von Kleidern Johannes des Täufers und der Jungfrau Maria. Ferner die Hüften des heiligen Laurentius, des heiligen Vitus und der heiligen Christina; Teile von den Gebeinen der Apostel Petrus und Paulus, je ein Arm des Märtyrers Vitus, des Papstes Stephanus, des heiligen Bonifatius, des Abtes Basilius und Knochenstücke einer ganzen Reihe von weiteren Heiligen aus den ersten christlichen Jahrhunderten.

In Jussuf wird auch in München-Glabbach nicht fehlen. Die Gegend dort wie um Wochen gehört zu dem buntesten Deutschland.

Eine heilige Begräbnisfeier spielte sich bei der Beerdigung eines Selbstmörders in Dramenburg ab. Dort hatte sich

ein junger Mann erschossen, und auf Wunsch der Mutter wurde ihr der Leichnam ihres Sohnes vor dem Begräbnis noch einmal gezeigt. Zum Entsetzen der Anwesenden drang die Frau wie eine Wildschin unter Schimpfreden auf den Toten ein und bearbeitete ihn mit den Fäusten. Nur mit Mühe konnte die erregte Frau von ihrem toten Sohne entfernt und vom Kirchhofe gebracht werden.

Der Genese des Kaplans. Der katholische Kaplan Franz in Oberkirch (Baden), der feindselige Bekämpfer der sozialdemokratischen Partei, ist am Freitag in einem Privatprozess als Renegat des Meines überführt worden. Er langweilt, mit der Frau eines Werkmeisters alzu liebenswürdig verkehrt zu haben. Die nach ihm als Renegat vernommene Frau langweilt ebenfalls, wurde aber durch eindringliche Warnungen zum Geschehen abgehalten. Der Kaplan blieb auf freiem Fuße und verschwand. — Der Kaplan Franz bestritt in einer Klage gegen das sozialdemokratische Volksblatt in Offenburg die Anfertigung anonymen Schmähbriefes. Sie wurden ihm in erster Instanz nachgewiesen; in der Berufungsinstanz ließ er durch einen Rügen Anklagen machen, betretwegen die Staatsanwaltschaft ihn freigeiprohen hat. Jetzt ist das Wiederaufnahmeverfahren möglich.

Die Sanderfahrzeuge einer deutschen Kolonie in Ostpreußen. Im Jahre 1810 begann die Besiedelung eines sibirischen Gebietes mit deutschen Einwohnern, die durch einen besonderen Erlaß Alexander I. fünf Jahre zuvor eingeladen worden waren, nachdem Anstifter anderer Nationen vorher sich als unfähig zu einer geeigneten Besiedelung des Gebietes erwiesen hatten. Die Sander liegt am Nordufer des Schwarzen Meeres in der Umgebung des Meeresbereichs und wird von weiten Steppen umgeben, die einer großen Fruchtbarkeit fähig sind. So ist denn die Bevölkerung seit einem Jahrhundert auch zu einer ansehnlichen Biffer angewachsen, an der die Deutschen immer noch den Hauptanteil haben. Im ganzen sind es elf deutsche Kolonien, die am oberen Lauf des Sander oder in benachbarten Tälern gelegen sind. In Erinnerung an die vor 100 Jahren gechehene Gründung widmet ihnen der Kaiser Konrad Keller und Odesa in der Monatschrift „Deutscher Erde“ eine ausführliche Beschreibung. Die Ansetzungen haben sämtlich deutsche Namen; sie heißen nämlich Wasserlo, Speier, Landau, Eul, Rostk, Katharinenhof, Johanneshof, Mohrdach, Worms, Rostk und Miltach. In einer zusammenfassenden Rählung der deutschen Bevölkerung scheint es zu fehlen, denn der Umfang gibt nur für die sechs Kolonien die Zahl der Einwohner an, die zwischen 1800 und 1890 für die einzelnen Ansetzungen schwankt. Nur Wasserlo beträgt sich mit 900 Bewohnern, die übrigen hauptsächlich aus Wälderregion sind und ihren schwäbischen Dialekt noch in breiterer weiter Rede bewahrt haben.



Staatsanwalt des Reichsjustizamts Dr. Biers verweist mit leiser Stimme eine auf der Tribüne unverständliche Rede, die eine Wiederholung der schriftlichen Begründung zu sein scheint. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 14. Januar.

### Geschichtskalender.

18. Januar.

- 1622 Der französische Aufstand erobert Mailand.
- 1791 Der dramatische Dichter Franz Grillparzer.
- 1858 Der italienische Maler Cignani.

### Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Den wichtigsten Punkt der gestrigen kurzen Sitzung bilde ohne Zweifel die Abstimmung über den von Mader seit angegriffenen neuen Stadtschulrat, als den die liberale Mehrheit der Versammlung den kationischen Oberrealschul-Direktor Dr. Gads ausseren hatte und dem die rechte Seite der Versammlung pflichtlich den Volksparteiler Wettemann aus Pleschitz entgegenstellte. Da der erbliche Kampf Mann gegen Mann für den klerikalen Angreifer nicht sehr ruhmvoll abgelaufen war, verlegten sich die Frommdeutschen auf eine im letzten Augenblick in den Hinterhalt gelegte Sprengbombe. Sie spielten ein anonymes Flugblatt in die Hände der kationischen, aber liberalen Stadtverordneten, das diesen Herren mit folgender Standpauke ans Gemüth ging:

Vertraulich! Breslau, den 11. Januar 1910.

Sehr geehrter Herr!

In wenig Stunden soll die Entscheidung der Schulratswahl für unsere Vaterstadt getroffen sein. Wir wollen, daß von dieser Stelle die geistige Entwicklung und der religiöse Sinn der Jugend, die auch das ganze Verhalten der Lehrerschaft überaus stark beeinflusst wird. Wir wollen auch, daß für diese Stelle ein Kationiker anwesend ist, der ein Gesamtschulwesen einer Stadt noch nicht gekannt hat und dessen Wahl ganz besonders von dem Lehrer der sozialdemokratischen Partei des Stadtparlamentes empfohlen wird, schon in der Annahme, daß mit dieser Wahl ihre Bestrebungen wenig gehindert werden, sondern als der Ausweg für vor wenig Wochen einem Anknacker und Verleumder von Herzer, dem bekannten Gottschlegler, zum Stadtherrenamtsmandat von Kationik in persönlicher Unterordnung verleiht und so manchen christlich-gemeinnützigen Wähler betäubt.

Wir setzen Ihnen daher der Zukunft entgegen und bitten nach in letzter Stunde, bei der Wahl noch einmal all die Umstände vorher zu prüfen und das Wohl der christlichen Jugend auf höchster Linie zu bedenken, eingegeben der herrlichen Mannere eines unerschrockenen Selbst-Kassiers Wilhelm L. Berger dafür, daß dem Volke die Wahl erhalten bleibt!

Wir wissen, daß für diese Wahl auch ein anderer Kandidat zur Wahl steht, nämlich Schulrat W. aus Pleschitz, der sich bereits lange Jahre im Dienste der Stadt Pleschitz auszeichnet und das dortige Schulwesen zur hohen Blüte gebracht hat, was jeder Bürger von Pleschitz bezeugen muß. — Obgleich dieser Herr der sozialdemokratischen liberalen Richtung und der kationischen Volkspartei angehört, so hat er verstanden, durch seinen vornehmen Charakter sich die Achtung und Anerkennung der Bürger aller Parteien und Konfessionen zu verschaffen, jedoch eine Verrücktheit der Lehrer ausgeschlossen ist und auch die Verrücktheit in Ruhe der Entscheidung der Jugend entgegensteht kann. Aus all den Gründen bitten wir nochmals, diese Wahl wohlwollend zu erwägen.

Hochachtungsvoll

Viele Bürger der Stadt Breslau.

Es ist geradezu merkwürdig, wie schnell unseren ausgehenden Patrioten Geiz und Moral vergehen, wenn ihnen etwas quer geht. Anonyme Flugblätter, deren Urheber im Dunkeln bleiben, ohne Angabe des Druckers und Veranlassers, das war schon bei früheren Wahlen der nable Weg, den die Schwärze aller Schattierungen einschlugen. Aber diesmal schienen sie danken. Herr Gads wurde mit 56 gegen 33 Stimmen gewählt, Kaiserstraße und Herzerbeschwerden retteten den Glauben nicht mehr, der Flugpläne triumphierte. Als in Besonnenheit auf Herrn Berchels Gewandtheit, den „lieben Gott“ in die politischen Debatten zu ziehen — siehe gestrige Nummer der „Volksrecht“ — von sozialdemokratischer Seite her Jaraß fiel: „Aho Gott hat es so gewollt!“ replizierte der temperamentvolle Ritter des Zentrums: „Ihre Dummheit...“ hielt aber plötzlich inne und steckte sein Schwert in die Scheide, weil doch immerhin eine starke Majorität von 36 Stimmen das Ergebnis herbeigeführt hatte. Ja, da der Gegenkandidat Weidmann nur 33 Stimmen erhielt — ein Drittel war unbeschrieben — so haben wahrscheinlich sogar einige Herren von der untreuen Vereinigung für den Freund der Gottschlegler gestimmt. Und wenn wir bedenken, mit welcher Vehemenz vor gar nicht langer Zeit der oberfromme Herr Jeraß die Interessen des ehrlichen Bierhandels gegen die christliche Sonntagseruhe verteidigt, dann ist uns der Denker schmerzhaft, wenn nicht unter den 55 Wahlberechtigten ein Paar von jenen Augenheilmitteln der Rechtsredner, die im Privatleben ein Hagenbrennermetzger auf alle Mader und Jander herbeschrien. Die Anwesenheitsliste dürfte unsere Kombination bald bestätigen und so gehalten sich auch die Abstimmung wie vorher die Debatte zu einem angenehmen abgewandten Reinsfall der Ueberkommen.

Im Aufsatze an früherer Stenographen hatte Genosse Schütz dem Stadtschulrat für eine falsche Wiederholung seiner Rede bescheinigt, daß seine gerichtliche Wahrheitssucht und Verdrehungskunst ihn nicht irritieren können. Da Schütz dafür nicht nur Ordnung ansetzen war, hat Herr Kiffhale einen Beitrag an den Bericht beigefügt, auf dem eine gekaufte Leberwurst angezeichnet war. Und so antwortete denn der Herr Bericht, daß er es nicht für parlamentarisch zulässig erkläre, wenn ein Kollege „so seine Meinung über die Wahrheitsliebe und die Verdrehungskunst des anderen Angeklagten“ gäbe. Herr Kiffhale hat sich also inzwischen im Protokoll überzeugt, daß das was er ist, was er damals Genossen Schütz nachsagte. Er sieht aber die Wahrheit nicht so intus, wie wir wissen, daß er damals mit großer Kunst verdrückt hat, was wir ihm hier bescheinigen, da er im Stadthaus nicht

Stablo. Freige, sagte in einem sehr fleißigen Vortrage die Einzelheiten der Sache noch einmal auseinander, wie wir sie in der Nummer vom Dienstag bereits geschildert haben. Er sollte dem Magistrat Anerkennung für seine letzten Bemühungen, empfahl aber schließlich auch, den Forderungen des Kreises nachzugeben, was die Versammlung auch wohl oder übel billigen mußte.

Aus dem weiteren Verlauf der Sitzung haben wir noch folgendes hervor. Gleich nach Erledigung der geschäftlichen Einleitungen widmete der Stadtverordneten-Vorsitzer dem verstorbenen Stadtverordneten Schimmelmann, der etwa 29 Jahre dem Kollegium angehört hat, einen warmen Nachruf. — Von den debattierten verabschiedeten Vorlagen erwähnen wir folgendes: Für die Verwaltungsausgaben des Jahres 1910 ist ein Mehrbetrag von 1250 Mark erforderlich. Die Versammlung bewilligt diese Summe.

Der alte Hospitalkochhof an den Oberkämern soll zur Auflegung eines Turnplatzes benutzt werden. Die Versammlung ist damit einverstanden. Zur Vorbereitung der erst nach dem Jahre 1911 durchzuführenden Mahanfrage und insbesondere zur Verbesserung der Zufahrt werden 2000 Mark bewilligt.

Für die Renovation der Gebäude der Lehrer an den Fortbildungsschulen schlägt der Magistrat folgendes vor: Lehrer: Anfangsgehalt 2800 Mark, steigend acht Mal von drei zu drei Jahren um 300 bis 5200 Mark. Dirigen: Gehalt wie zu a; außerdem eine Amtszulage von 500 Mark; Direktoren: Anfangsgehalt 5000 Mark, steigend vier Mal von drei bis drei Jahren um 500 Mark bis 7300 Mark, dem Direktor der gewerblichen Fortbildungsschule außerdem eine persönliche Zulage von 600 Mark; die Gehälter für das Rechnungsjahr 1910 sollen im Betrage von 12.712 50 Mark aus den im Haupt- extraordinarym für die Erhöhung der Besoldungen bereit gestellten Mittel gedeckt werden. Stadtschulrat stellt hier zu den Anträgen, den Vorkant eine Amtszulage von 700 Mark zu bewilligen. Die ganze Vorlage mit dem gestellten Antrage wird an den Ausschuss verwiesen.

Für den Erwerb des Grundstücks Uferstraße 38 und Schulgasse 23 ist der Betrag von 35.000 Mark erforderlich. Die Versammlung bewilligt die Summe.

Für den Erwerb der bebauten Flächen der Schmiedestraße 33, 41 und 45 und Urbinerstraße 27 und 28 werden 77.400 Mark Kaufgeld gefordert. Die Versammlung bewilligt den Betrag.

Damit ist die öffentliche Sitzung beendet.

### Sozialdemokratischer Verein.

In der gestrigen Mitgliederversammlung, die trotz schlechten Wetters von über 400 Personen besucht war, erstatteten die Genossen Darf und Wiener Bericht über die Verhandlungen des preussischen Parteitages und die Haltung der Breslauer Delegierten zu den einzelnen Fragen. Wie Genoss Darf einleitend bemerkte, habe man sich in die Berichterstattung so geeilt, daß ein Delegierter die Punkte behandle, über die volle Einigkeit und Zufriedenheit bestehe und ein anderer diejenigen, über deren Erledigung Meinungsverschiedenheiten auch in Breslau beständen. Da über die letzteren Punkte in der nächsten Mitgliederversammlung noch ausgiebig diskutiert werden dürfte, geben wir diesen Teil der Berichterstattung etwas ausführlicher wieder.

Genoss Darf bespricht zunächst den Bericht des Landes-Ausschusses, der ein Bild der Wahlrechtsbewegung der letzten zwei Jahre darstellt. Dieser Bericht habe die Breslauer Delegierten erkennen lassen, daß die bisherige Leitung für unsere preussischen Angelegenheiten nicht so aktiv in den Wahlrechtskampf eingegriffen habe, wie das wünschenswert sei. Diese Meinung wurde auf dem Parteitage auch von zahlreichen anderen Delegierten geteilt. Man habe aber auch anerkannt, daß die Schuld nicht in den in Betracht kommenden Personen, sondern in der Organisationsform liegt. Genosse Scholich habe deshalb einen Antrag eingebracht, einen eigenen Preussenvorstand zu schaffen, da eine Instanz vorhanden sein müsse, die ihre ausschließliche Aufmerksamkeit den preussischen Angelegenheiten zuwendet. Dieser Antrag sei dann am Schluß der Verhandlungen angenommen. Als nächster Bericht habe der Parteitag es leider abgelehnt, ihn dem deutschen Parteidirektor und dem Landes-Ausschuss zur weiteren Beratung zu übermitteln. Bedauerlich sei es, daß sich die Parteileitung nicht hier konsequenter gezeigt habe, als der Vorstand selbst, von dem ein Redner sich für die Ueberzeugung erklärt habe, als auf dem zweiten Preussentage unter Organisationspunkt geschaffen wurde, waren nur wenige Delegierte für einen eigenen Parteidirektor. Auf dem diesjährigen Parteitage war deren Zahl bereits sehr erheblich, und so sei wohl zu erwarten, daß wir in Zukunft doch zu einer solchen Aenderung in der Organisation gelangen werden. Festlich der Wahlrechtsfrage bedauerte Redner den Fortfall der Diskussion. Er hätte mir nun das Bild, daß zur Durchführung der Wahlrechtsfrage Genossen aus fast allen außerpreussischen Bundesstaaten geredet und zu unserem Kampfe beizutreten, um ihrer Sympathien und ihrer Unterstützung zu bedürfen. Während die Sitzung der Genossen in Preußen sich betriebl. von Ausbruch genommen sei. Das Referat des Genossen Strödel zur Wahlrechtsfrage sei, wie alle übrigen Berichte auf dem Parteitage, eine anerkennenswerte Leistung gewesen; nur hätte, wenn keine Diskussion sein sollte, lieber auch die Kritik gegen die Monatshefte fortlassen sollen. Doch ist dies das Letzte. Ueber die Mittel, die uns im Wahlrechtskampfe zu Gebote stehen, hätte eine Aussprache erfolgen müssen; nicht um zu brechen, auch nicht um den Massenstreik für einen bestimmten Zeitpunkt zu beschließen, sondern um die Genossen im Lande zu beruhigen, auch dieser Frage ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden und zur Klarheit über alle Vorbedingungen dieses Kampfmittels zu gelangen.

Zur Frage des Schnapsbundes bemerkte Redner, die Preussische Genossen hätten es beim Lesen des Berichts wohl eben so deutlich empfunden, als ihre Vertreter auf dem Parteitage, daß ein solcher Bund so sehr gegen die Absichten der Parteileitung verstoße. Dieser Genosse sei zufällig Gastwirt und sein persönliches Empfinden in dieser Frage entsprechende über nicht dem der Masse der Berliner Genossen. Er habe auf dem Parteitag, daß es Sache der Absichten sei, mit dem Parteivorstand zu tun, was sie wollen und ihn auch für ihre Sache zu betreiben. Für uns selbst sind aber nur die politischen Ziele des Bundes maßgebend, und so kann es gar nicht sein, daß deshalb Differenzen innerhalb unserer eigenen Reihen entstehen. Redner empfiehlt zum Schluß noch das dritte Kapitel des Protokolls, das eine Liste möglicher Materialien enthält, welche Angehörigen von diesen einzelnen Parteien kommen möge mit dem gesamten Verlauf des Parteitages wohl zufrieden sein.

Genoss Wiener bespricht dann in ausführlicher Weise die weiteren Punkte der Verhandlungen. Der Vorschlag der Landes-Ausschüsse sei ein vortreffliches. Die Genossen in Preußen seien Franz Abgeordneten vom Landtag für ihre außerordentlichen Leistungen, die sie unter den schwierigsten Verhältnissen im Landtag vollbracht haben. Der parlamentarische Bericht des Genossen Kriemler sei das beste Bild Arbeit auf dem Parteitage gewesen. Das beschlossene Programm habe Redner etwas zu ausführlich, aber auch hinter ihm verberge sich eine Reihe von Genossen Kritik. Der Wert und die Wichtigkeit unserer Mitarbeit in den Gemeinden wird in immer weiteren Kreisen anerkannt. Es wird es besonders notwendig, das gewerbliche Organisationsprogramm und die hierüber

was Genosse Liebknecht in seinem fünfständigen Referat über inneren Verwaltung Preußens vorgebracht habe, lasse sich hier gar nicht ausführlich schildern. Auch dieses gewaltige Material müsse von allen Genossen eingehend studiert und agitatorisch ausgenutzt werden. Nachdem Redner noch der freundschaftlichen Aufnahme des Parteitages durch die Berliner Genossen gedacht, mahnte er zur Einfachheit und zur unermüdeten Arbeit. Gerade die gegenwärtige Situation sei danach angelegt, uns nicht in kleinlichem Streit zu verlieren, sondern in geschlossenen Reihen den Kampf für die Demokratisierung Preußens aufzunehmen. (Beifall.)

Als erster Diskussionsredner nahm Genosse Schiller das Wort. Der Redner gab zunächst eine kurze Skizze über die preussische Frage im allgemeinen und über den im Mittelpunkt dieser Frage stehenden Wahlrechtskampf. Der Wahlrechtskampf erfordere von selbst die Diskussion der Mittel zum Kampf. Wir haben die parlamentarischen Mittel versucht, haben im Reichstag und im Landtag Vorstöße gemacht. Die angelegentlichste Reklamationsvorlage zum preussischen Wahlrecht ist schließlich ein Erfolg der Anwendung dieser Mittel. Wie niedrig dieser Erfolg einzuschätzen ist, wird die nächste Zukunft lehren. Es wird weiter diskutiert die Möglichkeit und der Umfang der Hilfe des österreichischen Liberalismus. Wenn wir auch eine solche Hilfe nicht von vornherein ablehnen wollen, so haben wir doch ein gutes Recht, den Wert dieser Hilfe sehr gering einzuschätzen. Die Unzuverlässigkeit und die Unschlüssigkeit des Liberalismus sind zu bekannt, um viel darüber reden zu müssen. Es der von Maderbrecher herbeigeführte Wahlrechtskampf überhaupt im Bereiche der Berücksichtigung liegt. Bezüglich der Mader. Schon der Liberalismus wird ein solches Verlangen nicht ernsthaft hegen, weil ein solcher Kongress auch eine gründliche Aussprache über eben diese Unschlüssigkeit des Liberalismus zeitigen würde. Weichen noch übrig die Kampfsmittel, die im Massenstreik wurzeln, die eine revolutionäre Forderung haben. Der Redner geht des näheren auf die Frage der Streikdemonstrationen und des politischen Massenstreiks ein. Auch er wünscht eine lebhaftere Diskussion, namentlich über den Massenstreik. Aber er kann es begreifen, wenn man auf dem Preussentag darüber geschwiegen hat. Seine Auffassung nach unterbleibe die Diskussion viel weniger beschaffen, um den Reklamen unsere Mittel zu verraten, als vielmehr deshalb, um den Genossen nicht zu zeigen, daß ein Teil der großen Arbeiterbewegung, nämlich die Gewerkschaften, gerade diese Frage nicht diskutieren wollen. Es soll nicht gesagt werden, daß sich ein Massenstreik ohne ein vollkommene Maß allgemeiner Empörung über die unzureichenden politischen Zustände arrangieren lasse. Aber da müsse gerade nach Ansicht des Redners Wandel eintreten. Es sei in heutiger Zeit, in den Tagen von Mankfeld, nötig, daß die Gewerkschaften, die große wirtschaftliche Kämpfe heute gar nicht mehr führen könnten, ohne die gewalttätige Stimmung der Arbeiter zu mäßigen, sich mehr mit diesen politischen Dingen, eben um ihrer wirtschaftlichen Aktionen willen, kümmern zu müssen. Die Massen streuen auch zu einer größeren Betätigung nach dieser Richtung, doch wird die Passivität in den Kreisen einzelner Gewerkschaftsführer hinreichend. Dieser Zustand lähme die Aktionskraft der gesamten sozialistischen Arbeiterbewegung, von der doch die Gewerkschaftsbewegung eben ein Teil ist. Die preussische Wahlrechtsfrage kann nur durch das Referat dann gelöst werden, wenn das Klassengefühl schärfer in der gesamten Arbeiterbewegung ausgeprägt ist und wenn auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung die unabweisbare Pflicht erkannt wird, sozialdemokratische Politik in politischen und wirtschaftlichen Dingen mit aller Energie zu unterstützen und alle Konsequenzen des politischen Kampfes tragen zu lassen, eben um ihrer wirtschaftlichen Erfolge willen. Nur im sozialistischen Sinne können Partei und Gewerkschaft ein sein. (Beifall.)

Genoss Böse hält es für richtig, im Wahlrechtskampfe jedes gefällige Mittel anzuwenden, ganz gleich, ob dasselbe rechts oder links von der bisher angewendeten best. Das sollen wir von den ausländischen Genossen, insbesondere von den österreichischen, lernen. Wir haben mit dem Bürgerthum von viele schlechte Erfahrungen gemacht, trotzdem schägen wir es natürlich nicht aus, wenn uns das Zentrum zu zwei Reichstagsmandaten, die Nationalliberalen zu sechs holländischen Landtagsmandaten, die Freisinnigen zu zwei oder drei holländischen wählten. Da, nur nach Leipzig ist sogar die Unterstützung der beiden letzten Parteien in Dortmund, Sachsen und Meiningen auch häufig beizubringen und durchzuführen worden. Also fort und solange wir etwas mit österreichischen Parteien erreichen können, müssen wir es natürlich nehmen und nach dem Grundtag des kleineren Hebes stimmen, auch in der Wahlrechtsfrage. Die Streikdemonstrationen in Oesterreich und Galizien, der Massenstreik in Belgien, Schweden und Ungarn zeigt, daß es möglich ist, diese außerparlamentarischen Waffen zur Verstärkung unserer Kampfmittel anzuwenden, ohne den Reichstagen zu verlassen. Diese Mittel dienen dazu, um den Genossen die Festigkeit unteres Willens zu zeigen, vor allem aber die in der Massenbewegung auf die Wichtigkeit der Wahlrechtsfrage aufmerksam zu machen. Ueber die Wichtigkeit und weniger Konkretheit in tatsächlichen Fragen ist es, was der deutschen Sozialdemokratie rot tut. (Beifall.)

Die Diskussion wurde hierauf vertagt, um noch einige Vereinsangelegenheiten zu erledigen. Beschlossen wurde, daß künftig den Bezirksführern auch von den Wahlfonds und Frauenmarken die sonst übliche Vergütung gewährt werden soll. Außerdem wurden die Gehaltsverhältnisse des Kassierers insofern einer Regelung unterzogen, als ihm an Stelle des bisherigen Monatsgeldes eine bestimmte Summe als Gehaltsverhöhung bewilligt wurde.

Die nächste Mitgliederversammlung, in der die Diskussion über den Preussentag und unsere Taktik im Wahlrechtskampfe fortgeführt werden soll, findet am nächsten Donnerstag statt.

\* Rittersgutsbesitzer Werle gegen Magistrat und Polizeipräsidentium. In der Sitzung des Bezirksausschusses vom 13. d. M. lag eine interessante Streitfrage zur Entscheidung vor. Im Frühjahr v. J. schwemmte das Hochwasser des Oderstromes einen Teil des linken Ufers des Schwarzwassers von 5-7 Meter in der Breite fort. Das Polizeipräsidentium forderte Herrn Werle, als Besitzer von Wilhelmstraße, auf, das Ufer in seiner früheren Lage wieder herzustellen. Herr Werle glaubte sich hierzu für nicht verpflichtet und stengte Klage im Verwaltungs-Berufungsausschuss an und zwar auf Aufhebung der politischen Verfügung mit der Behauptung, daß der Magistrat, dem als Besitzer von Ehelting das Uferrecht zusteht, verpflichtet sei, das Ufer auszubessern. Der Kläger stellte zugleich den Eventualantrag, den Magistrat zu verurteilen, daß er zur Wiederherstellung und Befestigung der Ufer verpflichtet sei. In der mündlichen Verhandlung nahm Kläger den ersten Antrag zurück und beschränkte sich auf den zweiten, den er als Prinzipalantrag behandelt wissen wollte.

Der Magistratsvertreter Justizrat Friedenthal erklärte die Verbindung der beiden Anträge als unzulässig. Der erste Einreichungsantrag sei der maßgebende, über den der Bezirksausschuss zu befinden habe. Materiell sei die Klage haltlos, da der Magistrat wohl die Räumungspflicht des Schwarzwassers habe, was hier aber verlangt werde, gehe über den Rahmen der Räumung weit hinaus. Der Vertreter beduziert aus der einschlägigen Judikatur, daß hier nicht der Magistrat, sondern ausschließlich der Kläger heranzuziehen sei. — Der Vertreter des Polizeipräsidenten führte aus, daß dem Kläger nur das Recht der Beschwerde zustehe, nicht aber zur Klage. Werle hatte übrigens an das Polizeipräsidentium ein Schreiben gerichtet, worin er sich verpflichtet, den Schaden auszubessern, mit dem Vorbehalt, daß







**Briefkasten.**

Arbeitsstunden der Redaktion: Wochentags 9-12 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

**A. A., Schleierwerderstraße.** 1. Wegen des Verfallens eines Scheines... 2. Sie müssen auf Erstattung der Beerdigungskosten klagen.

**G. 50.** Feuerwehrliebungen an Sonntagen haben einige... Sie sind verpflichtet, die Beerdigung zu bezahlen.

**123. G. S., Rothenbach.** Durch die Verheiratung mit einem Verheirateten ist die Frau berufliche Staatsangehörige geworden.

**C. 123.** Konsumverbot-Divulgenz kann geahndet werden.

**D. R. 1. S.** 1. Feiler ja. 2. Uebermäßige und unangenehme Forderungen, sowie jede die Gesundheit des Verheirateten gefährdende Behandlung nach § 177a der Gewerbeordnung verboten.

**U. R.** Der Hauswirt ist verpflichtet, den Hausknecht zu beschäftigen.

**Frau Emma Wensch, Obilauer Chaussee 23.** Wenn Sie von solchen Dingen etwas wissen, ist es Ihre Pflicht, sie uns mitzuteilen...

**U. R. 111.** 1. Anteil des säkularisierten Vermögens zur Heilung einer Augenart... 2. Die Wittensbacherin kann nach dem Tode des Dienstherrn Kost und Lohn für das laufende Vierteljahr beanspruchen.

**Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land).** Kreis 4. Besitze Gräbchen, Groß-Wochberg und Oppern. Dienstag, den 18. Januar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Rudolph in Gräbchen, Brunnenstraße 4. Vortrag des Genossen Scholl über: Die bevorstehenden Gemeinderatswahlen in den 8 Teilen. 2. Vereinskassenangelegenheiten. Mische, Distriktsführer.

**Land-Distrikt 11.** (Gaidan und Reichen.) Sonntag, den 16. Januar, Vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Herrn Gastwirt Bime.

**Wahlrechts-Versammlungen,**  
gegen das preussische Klassenwahlrecht und seine schlimmen Folgen für die große Mehrheit d. s. preussischen Volkes protestieren sollen,  
finden an folgenden Orten statt:

- Brieg.** Vormittags 11 Uhr bei Hoffmann. Referent: Genosse Scholl-Breslau. Nachmittags 4 Uhr bei Reichel, DoppelstraÙe. Referent: Genosse Zimmer-Breslau.
- Ströbel.** Nachmittags 3 Uhr im Saale d. Herrn Paul Sauter. Referent: Genosse Danneberg.
- Jauer.** Nachmittags 3 Uhr im Grünen Aker. Referent: Oskar Schug-Breslau.
- Striegau.** Vormittags 11 Uhr im Fürsten Bismarck. Referent: Genosse Schug-Breslau.
- Kreibitz.** Nachmittags 2 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Looswitz.** Nachmittags 4 Uhr im Saale des Landhanes. Referent: Genosse Schug.
- Langenbielan.** Nachmittags 3 1/2 Uhr im Saale von H. Tila.
- Reichenbach.** Nachmittags 5 1/2 Uhr im Schwarzen Bir.
- Peterswaldau.** Mittags 12 1/2 Uhr in der Slogerei.
- Dagdorf-Dehrauseisdorf u. Umg.** Nachmittags 3 Uhr im Bergers Gasthof in Dagdorf.
- Landeshut.** Nachmittags 3 1/2 Uhr im Gasthof zur Sonne.
- Bräunau.** Abends 7 Uhr im Kronensaal. Referent: Genosse Schug.
- Schönanke.** Nachmittags 5 Uhr im Lokale des Herrn Semrau. Referent: W. Papiß-Bromberg.
- Rattowitz.** Nachmittags 2 Uhr im Saale der Reichshallen.
- Königshütte.** Nachmittags 6 Uhr im Gewerkschaftslokal.
- Labrze.** Nachmittags 2 Uhr im Kurhotel.
- Labrze.** Nachmittags 3 Uhr bei Schenberger. Referenten sind: R. Andersch-Rattowitz, R. Darß-Breslau, D. Börling-Deutzen DS.

**Hundsfeld. Sozialdemokratischer Verein.** Sonntag, den 16. Januar: Mitglieder-Versammlung. Wichtige Tagesordnung.

**Schmiebesfeld.** Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Sonntag, den 16. Januar, Nachmittags 8 Uhr: Generalversammlung der Ortsabteilung Rentisch und Umgebung. Franz Restau ant (vorm. Siebel). Tagesordnung: 1. Jahresrückblick. Referent: Koll. Ernst Stein-Rentisch. 2. Vortrag des Koll. E. Müller-Breslau. 3. Gewerkschaftliches.

**Deutsch-Lissa. Gewerkschaftskartei.** Dienstag, den 18. Januar: Außerordentliche Sitzung. Tagesordnung: Vorstandswahlen. Die Vorstände sind eingeladen.

**Peistertwitz. Wahlverein.** Sonntag, den 16. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Besprechung bei Schaar.

**Ohlau. Schutzmänner-Verband.** Sonnabend, den 15. Januar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Gesamtvorstandswahl.

**Brieg. Holzarbeiter-Verband.** Sonnabend, den 15. Januar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der Landhütte. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht. 3. Wahl der Ortsverwaltung.

**Brieg. Maschinisten u. Feiler.** Sonntag, den 16. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Versammlung in der Landhütte. Vortrag des Vorsitzenden.

**Reichenbach. Gewerkschaftskartei.** Dienstag, den 18. Januar, Abends 8 Uhr: Sitzung in den drei Lauben. Wichtige Tagesordnung.

**Pilgramshain u. Umgegend. Wahlverein.** Sonntag, den 16. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Genossen Heinrich Baud.

**Zillerthal-Schmiebesfeld. Holzarbeiter-Verband.** Sonntag, den 16. Januar, Nachmittags 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der Grundmühle Dunitz. Tagesordnung: 1. Vortrag des Vorsitzenden Otto Frisch. 2. Verhandlungsangelegenheiten. Namentlich die Arbeiterinnen sind zu dieser Versammlung einzuladen.

**Schmiebesfeld. Wahlverein.** Sonntag, den 16. Januar, Abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gasthof zu den drei Kronen. Wichtige Tagesordnung.

**Sirchberg. Fabrikarbeiter.** Sonntag, den 16. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Generalversammlung im Gasthof zum braunen Hirschen in Orman. Neuwahl der Ortsverwaltung.

**Sirchberg. Holzarbeiter-Verband.** Sonnabend, den 15. Januar: Generalversammlung im Gasthof zum Kronenbrunnen. Wichtige Tagesordnung.

**Sirchberg. Wahlverein.** Dienstag, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der Landhütte. Tagesordnung: Quartalsabrechnung und Verchiedenes.

**Reiffe. Gewerkschaftskartei.** Sonntag, den 16. Januar, Vormittags 9 1/2 Uhr: Sitzung. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl des Vorstandes. Die Gewerkschaftsvorstände sind dazu einzuladen.

**Bunzlau. Gewerkschaftskartei.** Sonntag, den 16. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Sitzung in der Hofknecht.

**Gleitwitz. Gewerkschaftskartei.** Sonntag, den 16. Januar, Nachmittags 3 Uhr: Sitzung in der Neuen Welt.

**Reutwitz. Sozialdemokratischer Wahlverein.** Sonntag, den 16. Januar, Nachmittags 4 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal, Polenzstraße 4/47. Wichtige Tagesordnung.

**Versammlungen und Vereine.**

**Breslauer Jugendheim!**  
Geöffnet jeden Sonntag von 3-9 Uhr Nachmittags.  
In den Zimmern 6, 6 und 7 des Gewerkschaftshauses, Margaretenstraße 17: Gesellschaft - Lektüre - Spiele u. a. m.

**Arbeiter-Sekretariat Breslau.**  
Nikolaistraße 18/19.  
Sprechst. Vorm. 11-1 Uhr, Nachm. 5 1/2-7 1/2 Uhr (außer Sonnabend Nachmittags).

**Gewerkschaftshaus.**  
Freitag, den 14. Januar:  
Centralkaffe „Grundstein zur Einigkeit“. Abends 7 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 1.  
Arbeiter-Stenographen (Stenotypographie). Abends 8 1/2 Uhr: Übung Zimmer 2/4 und 5.

Sonnabend, den 15. Januar:  
Freie Turnerschaft. Abends 8 Uhr Vereins-Funktionär-Sitzung im Billardzimmer.  
Lehrer-Verband. Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung und Abrechnung sämtlicher Klassen. Zimmer 2.

Sonntag, den 16. Januar:  
Hollerer. Vormittags 9 Uhr: Versammlung.  
Bauer. Vorm. 11 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Zimmer 2.

Am 12. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden mein einziggeliebter Mann, Vater, Sohn, Bruder und Schwager, der Arbeiter

**Georg Thamm**  
im Alter von 29 Jahren 11 Monaten.  
Leicht sei ihm die Erde! 181  
Die tieftrauernde Witwe Frau Thamm selbst Kind.  
Beerdigung: Sonntag, d. 16. Januar, vorm. 10 Uhr, vom Allerhöchsten-Hospital nach Oswitz. Trauerhaus: Rosenstr. 16h.

Am 12. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden unser Mitarbeiter, Herr

**Georg Thamm.**  
Sein Andenken wird stets in Ehren halten  
Das gesamte Personal der Papierwaren-Fabrik Th. Joh. Hilbrich Nachf.

Todes-Anzeige.  
Am 12. d. M. verstarb unser Mitglied, der Arbeiter

**Georg Thamm**  
im Alter von 30 Jahren.  
Das Andenken des Verstorbenen werden in Ehren halten  
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau des deutschen Transportarbeiter-Verbandes.  
Beerdigung: Sonntag, vormittags 10 Uhr, vom Allerhöchsten-Hospital nach Oswitz. Trauerhaus: Rosenstr. 16h. 182

Am 12. Januar verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, der Arbeiter

**Georg Thamm**  
im Alter von 29 Jahren 11 Monaten.  
Eure schmerzlichen Anteilnahme wird uns sehr dankbar sein  
Der Sozialdemokratische Verein Breslau.  
Beerdigung: Sonntag, den 16. d. Mts., vormittags 10 Uhr, vom Allerhöchsten-Hospital nach Oswitz. Trauerhaus: Rosenstr. 16h.

Am 12. d. Mts. verschied nach kurzem Leiden unser werter Mitglied, der Musikanten-Mitarbeiter, Herr

**Franz Mechalok**  
im 61. Lebensjahre.  
Eure ehrenden Anteilnahme werden ihm sehr dankbar sein  
Die Mitglieder der Musikanten-Breslau.  
Beerdigung: Sonntag, vorm. 11 Uhr, vom der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes. 172

Am 12. d. Mts., nachmittags, starb an der Proletariatskrankheit unser lieber Kollege und Mitarbeiter, der Arbeiter

**Karl Brieger**  
im Alter von 32 Jahren.  
Sein Andenken werden stets in Ehren halten 175  
Seine Abteilungsmitarbeiter.  
Die Beerdigung findet Sonntag, nachm. 3 Uhr, vom Trauerhaus in Briegischdorf statt.

**Stadt-Theater.**  
Freitag, 7h. Uhr:  
„Der dritte Faust“.  
Sonnabend, 7h. Uhr:  
„Scherz“.  
Sonntag, nachm. 5h. Uhr:  
„Der kleine Däumling“.  
Montag, 7h. Uhr:  
„Die Insel“.

**Lobe-Theater.**  
Freitag, 7h. Uhr:  
„Ein Ortshausbesuch“.  
Sonnabend, 7h. Uhr:  
„Der Herr Doktor“.  
Sonntag, nachm. 5h. Uhr:  
„Die Fiedermännchen“.  
Montag, 7h. Uhr, um 1h. Uhr:  
„Der Herr Doktor“.

**Thalia-Theater.**  
Sonntag, 7h. Uhr:  
„Der kleine Faust“.  
Sonnabend, Sonntag, den 16. d. Mts., Sonntag, den 17. d. Mts. um 11-3 Uhr im Saale-Theater, im Stadt-Theater.

**Schauspielhaus**  
Freitag, 8h. Uhr:  
„Die Waisenkinder“.  
Sonnabend, nachm. 5h. Uhr:  
„Jugend-Gedanken“.  
Sonntag, den 16. d. Mts., Sonntag, den 17. d. Mts., Sonntag, den 18. d. Mts. um 11-3 Uhr im Saale-Theater, im Stadt-Theater.  
Montag, 8h. Uhr:  
„Die Waisenkinder“.  
Dienstag, nachm. 5h. Uhr:  
„Die Waisenkinder“.  
Mittwoch, 8h. Uhr:  
„Die Waisenkinder“.

**Lieblings Etablissement**  
Bordervoy. — Marion.  
Verona-Truppe.  
Johnny & Charlie  
etc. etc. etc.  
Königstr. 74, Uhr. 176

**Viktoria-Theater**  
Der Löwenkampf  
im Salon.  
Schöne Dekoration der Szenenpart.  
Kühnheraus hervorragende Spezialitäten.  
Königstr. 74, Uhr.  
Fast Besetzung glückl.

**Palmengarten**  
Dir.: H. Krasiak.  
Denn Freitag:  
Bayrisches  
**Zockfest**  
à la München.  
2 Festarrangeure  
Leuz Walter u. P. Kaerr.  
2 Kapellen.

**Colosseum**  
Nikolaistr. 27. 1  
Geistl. Dramat. Theater  
Gasthaus. 135  
Tägliche Aufführung der weltberühmten Schokoladen-Operette  
**Ernst Shakleton**  
mit der sehr glückl. neuen Besetzung.  
Schauspiel: „Katharina“.  
Sonnabend, Sonntag.  
Tägliche 4h. Uhr.  
Gartenstr. 95. Theater 10 1/2.

**Breslauer Eis-Palast**  
gibt täglich im  
Gartenstrasse 79.

**Zeltgarten**  
Dir.: H. Krasiak.  
Vorleser Abend:  
Das hervorragende neue  
**Programm.**

**Fettspotten**  
1/2 Pf. 10 Pf., 4 Pf. 1,05 Pf.  
Tirske, Marienb. Gartenstr. 172

**Wappenhof Morgenau.**  
Morgen Sonnabend: Gr. Maskenball  
veranstaltet vom Verein Breslauer Tanzordner.  
Prämierung von 5 Masken, entzückende Prämien. 179  
Karten auch im Nussbaum zu haben. Das Vergabungs-Komitee.

**Erstes u. grösstes Spezialgeschäft für Herren- u. Knabenbekleidung**  
**P. Jacobi's Nachf.**  
Inh.: Otto Klago  
Haynau i. Schl. beginnt  
Ring 1. Sonnabend, den 15. Januar.  
Mein Die Preise sämtlicher Artikel sind bedeutend herabgesetzt, was auf jedem Etikett ersichtlich ist. Anerkannt größte Auswahl, beste Passform. Winter-Paletots, Joppen, Pelzosen, Kaisermäntel, Anzüge für Herren, Burschen u. Knaben. Arbeitergarderobe. 178  
Borstebekleidungen. — Sämtl. Herrenartikel.

**Die geschlechtliche Aufklärung der Kinder**  
von Otto Röhle.  
Preis 10 Pf.  
Buchhandlung Volkswacht.

**Hofenwärmerinnen**  
L. v. L., wohnen sich Köpferstr. 4, Galbierz

**Keinen Husten mehr!**  
bei Gebrauch von  
**Wachsmann's**  
Husten-Ter.  
1/2 Pf. 15 Pf., 1 Pf. 65 Pf. 5070  
In haben nur  
Alt-Bäckerstrasse Nr. 19,  
Insterwarenfabrik.

**Gr. Inventar-Räumungs-Verkauf**